L 164

Digitized by Google

Die Freisinnige Volkspartei
und die
Barth-Demokraten

Schade um ihn! Seine Direktionslosigkeit richtet ihn zugrunde.

Eugen Richter über Dr. Theodor Barth.

Preis 25 Pfennig

Berlin 1908
Verlagsanstalt Deutsche Presse, Gesellschaft mit beschränkter Haftung

☛ Die Expedition der Freisinnigen Zeitung, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 8, liefert nach Einsendung des Betrages portofrei Einzelexemplare zu 25 Pfennig, Partien von mindestens 25 Stück — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — zu 20 Pfennig, von mindestens 50 Stück zu 15 Pfennig, von mindestens 100 Stück zu 10 Pfennig das Exemplar. ☚

Die Freisinnige Volkspartei
und die
Barth-Demokraten

Schade um ihn! Seine Direktionslosigkeit richtet ihn zugrunde.

Eugen Richter über Dr. Theodor Barth.

Preis 25 Pfennig

Berlin 1908

Verlagsanstalt Deutsche Presse, Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Digitized by Google

JN 3946
F 732 F77
1908
MAIN

Die Demokratische Vereinigung.

Die Demokratische Vereinigung ist die Partei des früheren Abg. Dr. Barth. Sie wurde gebildet, nachdem dieser im April 1908 auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung in Frankfurt a. M. mit etwa 20 Anhängern aus der Freisinnigen Vereinigung ausgetreten war. Die Demokratische Vereinigung besteht zum großen Teil aus früheren Nationalsozialen, die von ihrem Führer Naumann abgefallen sind. Dazu gehören der frühere Abg. v. Gerlach, der frühere Pastor Kötzschke u. a. m., sowie Dr. Breitscheid und der frühere Oberst a. D. Gaedke. Ihnen haben sich eine Reihe unzufriedener Elemente, die es in allen Parteien gibt, angeschlossen.

Die Demokratische Vereinigung konstituierte sich Mitte Mai 1908 in Berlin vorläufig und am 25. Oktober endgültig. Dr. Breitscheid wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Unter den 14 Vorstandsmitgliedern befinden sich Dr. Theodor Barth und Herr v. Gerlach. Während des Landtagswahlkampfes suchte die Demokratische Vereinigung, namentlich in Berlin und den Vororten von Berlin, Ortsgruppen zu bilden. Aber auch in Frankfurt a. M., Barmen, Köln, Nürnberg, Erlangen, Aachen, Breslau, Dortmund, Elberfeld, Prenzlau, Sonderburg wurden Ortsgruppen gegründet. Sie nennen sich bald Sozialliberale, bald Demokraten, dürfen aber nicht verwechselt werden mit den demokratischen Anhängern der Deutschen Volkspartei.

Was will die Demokratische Vereinigung?

In einem nach den Landtagswahlen veröffentlichten Flugblatt der Demokratischen Vereinigung heißt es wörtlich: „Die Demokratische Vereinigung wird es sich zur Aufgabe machen, auf allen Gebieten des staatlichen Lebens unzweideutige demokratische Politik zu treiben." Nach der „Volkszeitung" vom 5. Juni 1908 beabsichtigt die Demokratische Vereinigung in Berlin derart Einfluß zu gewinnen, „daß sie zunächst bei den kommunalen, dann aber auch bei den staatlichen Wahlen ein ernsthaftes Wort mitsprechen kann." Dr. Barth hat Ende August in der „Volks-

1*

Digitized by Google

zeitung" erklärt, daß er „positive demokratische Politik" zu leisten beabsichtige. Er versicherte, daß die Demokratische Vereinigung „sich nicht nur kritisch, sondern auch konstruktiv zu betätigen habe." Er beschränkte sich aber in seinen Ausführungen im wesentlichen darauf, in der Beantwortung der Frage: wie lassen sich Aussperrungen und Streiks verhüten? nach dem Muster von Kanada den Erlaß eines Gesetzes zu fordern, wonach bei ernsten Arbeitsstreitigkeiten vor dem Streik oder der Aussperrung eine Sachverständigen-Kommission ihr Gutachten über den Fall abgibt. Bisher hat die Demokratische Vereinigung sich erschöpft in einer Verneinigung der geeinigten Linksliberalen. Nach Ansicht des freisinnigen „Fränkischen Kurier" scheint Dr. Barth „den Ehrgeiz zu besitzen, der Spaltpilz des Liberalismus zu sein."

Die sogenannte Demokratische Vereinigung des Herrn Dr. Barth sucht, besonders in Berlin, aber auch in anderen Wahlkreisen, unter den Anhängern der freisinnigen Parteien Boden zu gewinnen. Insbesondere richtet sie ihre Angriffe gegen die Freisinnige Volkspartei, obgleich die Vorwürfe, die sie erhebt, gleichzeitig auch die Vertreter der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei treffen müssen. Denn die Fraktionen der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei sind mit der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei in der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen und sind bei allen parlamentarischen Aktionen in den letzten beiden Jahren durchaus einheitlich vorgegangen.

Die Barth-Demokraten und die Freisinnige Vereinigung.

Unmittelbar nach den Reichstagswahlen von 1903 schlossen sich die Nationalsozialen unter Führung von D. Naumann der Freisinnigen Vereinigung an. Dieser Zusammenschluß führte aber nicht zu einer organischen Verschmelzung der beiden Parteigruppen. Die früheren Nationalsozialen hielten sich vielmehr an manchen Orten als Sozialliberale nach wie vor gesondert, während andere Nationalsoziale eifrig im Rahmen der Freisinnigen Vereinigung als Glieder dieser Partei arbeiteten. Nach den Reichstagswahlen von 1907 trat bald innerhalb der Freisinnigen Vereinigung ein scharfer Gegensatz zwischen Dr. Barth und Naumann hervor, obwohl gerade Barth in erster Reihe die Veranlassung für den Anschluß Naumanns an die Freisinnige Vereinigung gewesen war. Auf dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung Anfang April 1907 empfahl Naumann die Blockpolitik, Dr. Barth trat ihm entgegen. Nach dem Parteitag unternahm Dr. Barth eine Reise nach Amerika, von der er im Herbst zurückkehrte. Alsbald trat der Zwiespalt innerhalb der Freisinnigen Vereinigung zwischen der Reichstagsfraktion und den Anhängern von Dr. Barth, zu denen Dr. Breitscheid und der frühere Reichstagsabg. v. Gerlach gehörten, schroff hervor. Namentlich richteten die Anhänger von Dr. Barth gegen

die parlamentarischen Vertreter der Partei aus Anlaß der Haltung in der preußischen Wahlrechtsfrage und wegen des Reichsvereinsgesetzes scharfe Angriffe, die sich nicht auf sachliche Gründe stützten, sondern vielfach in gehässige persönliche Verdächtigungen ausarteten. Im Verein mit Dr. Breitscheid reiste Dr. Barth von Ort zu Ort, um die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft zu verunglimpfen und der Sozialdemokratie Schmeicheleien zu sagen. In einer Versammlung in Magdeburg lobte er die Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie. Als im Januar von der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft im preußischen Abgeordnetenhaus ein aus Vertretern der drei linksliberalen Parteien gebildeter Wahlrechtsausschuß zur planmäßigen Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts geschaffen wurde, kündigten die Barthianer sogar den Kampf gegen diesen Ausschuß an, obwohl Dr. Barth selbst sich für die Gründung einer Wahlrechtsliga bemüht und die Beseitigung des „elendesten aller Wahlsysteme" als die Hauptaufgabe des Liberalismus gekennzeichnet hatte.

Das Verhalten der Anhänger Barths verstieß gröblich gegen die Frankfurter Vereinbarungen. In diesen Vereinbarungen hatten sich im November 1906 die berufenen Vertreter der drei linksliberalen Parteien, unter ihnen auch Dr. Barth, feierlich verpflichtet, „ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß eine Befehdung der liberalen Gruppen unter einander in Wort und Schrift unterbleibt". Aus dem Lager der Barthianer erfolgten aber fortgesetzt heftige Angriffe gegen die Mitglieder der linksliberalen Fraktionsgemeinschaften, die im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus Anfang 1907 auf Grund der Frankfurter Vereinbarungen gebildet worden waren. Die Zustände waren um so unhaltbarer, als Dr. Barth, Dr. Breitscheid und Herr v. Gerlach dem Vorstand der Freisinnigen Vereinigung, Dr. Barth und v. Gerlach sogar dem Geschäftsführenden Ausschuß dieser Partei angehörten. Niemandem konnte es einfallen, ihnen das Recht der Kritik zu beschränken. Aber das Treiben der Anhänger des Herrn Dr. Barth konnte nicht geduldet werden, wenn die Frankfurter Vereinbarungen überhaupt einen Sinn haben sollten.

Anfang Februar verhandelte die linksliberale Fraktionsgemeinschaft des Reichstages über einen Antrag, der sich gegen persönlich verletzende Angriffe wendete, die außerhalb des Parlaments von Vertretern einer linksliberalen Partei gegen Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft gerichtet worden waren. Dieser Antrag ging von der Landtagsfraktion der Freisinnigen Vereinigung aus, die das Auftreten einiger Mitglieder des Vorstandes ihrer Partei in der Wahlrechtsfrage mißbilligte, die gehässigen Angriffe gegen das Verhalten der Fraktionsgemeinschaft oder einzelner ihrer Mitglieder als einen Verstoß gegen die Grundlagen der Frankfurter Einigungsabmachungen ansah und daher vom Parteivorstande verlangte, daß diesen Mißständen abgeholfen werde, die ein gedeihliches Zusammenwirken und eine ver-

Digitized by Google

trauensvolle gemeinsame Arbeit erschweren. Ein Führer der Freisinnigen Vereinigung deklarierte die Haltung der Landtagsfraktion der Freisinnigen Vereinigung dahin, daß seine Freunde gegen die Freiheit der Kritik nichts einzuwenden hätten, dagegen die Freiheit des Schimpfens nicht als ein geeignetes Bindemittel einer Fraktion ansähen.

Die linksliberale Fraktionsgemeinschaft des Reichstages beschloß am 4. Februar einstimmig, die Angelegenheit dem auf Grund der Frankfurter Vereinbarungen eingesetzten gemeinsamen Ausschuß der drei linksliberalen Parteien zu überweisen, der bestimmungsgemäß bei etwa entstehenden Meinungsverschiedenheiten auf eine Vermittlung hinzuwirken hat. Der Einigungsausschuß der drei linksliberalen Parteien trat am 6. Februar zusammen, um über die von der Fraktionsgemeinschaft ihm überwiesene Angelegenheit zu verhandeln. Es wurde mitgeteilt, daß die Herren Dr. Barth und v. Gerlach aus dem Geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung ausgeschieden seien. Darauf beschloß der Einigungsausschuß, die Beschwerde, die zu seiner Einberufung Anlaß gegeben hatte, als erledigt anzusehen. Dr. Barth hatte nämlich in einem Schreiben vom 5. Februar an den Abg. Schrader seinen Austritt aus dem Geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung angekündigt mit der Motivierung, daß es seinen eigenen Bestrebungen förderlich sei, wenn er durch Ausscheiden aus dem Ausschuß jener Rücksichten enthoben sei, die er „bisher in dieser Stellung glaubte nehmen zu sollen." Herr v. Gerlach zeigte in einer ähnlichen Erklärung seinen Austritt an.

Im Grunde genommen wurde durch den Austritt von Barth und Gerlach aus dem Geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Vereinigung wenig geändert. Denn sie blieben Mitglieder des Vorstandes dieser Partei. Eine Verschärfung der Gegensätze trat ein, als Dr. Barth mit Dr. Breitscheid und v. Gerlach sowie andern Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung am 22. März an die Fraktionsmitglieder der Freisinnigen Vereinigung im Reichstag eine Adresse richtete, worin ihnen wegen ihrer Zustimmung zum Sprachenparagraphen im Reichsvereinsgesetz „eine flagrante Verletzung des Prinzips der Rechtsgleichheit" vorgeworfen und die Fraktionsgemeinschaft als ein „Instrument für die Unterdrückung von Parteiprinzipien" bezeichnet wurde.

Naumann über Barth.

Aus den Kreisen der Freisinnigen Vereinigung wurden die Herren Dr. Barth, Breitscheid und v. Gerlach wiederholt eindringlich gemahnt, Frieden zu halten. In der Nr. 14 vom 5. April 1908 schrieb D. Naumann in der „Hilfe":

„Der Protest der Herren Dr. Barth, v. Gerlach und Breitscheid gegen die Fraktionspolitik war längst vor dem Vereinsgesetzkompromiß vorhanden,

und die Frage unserer Abstimmung ist nur der Anlaß, aus dem sich **zwei Strömungen scheiden,** die trotz aller Verwandtschaft der Ideen **nicht mehr innerhalb derselben Organisation werden Politik machen können.** Wir sehen es kommen, daß sich eine Anzahl unserer Parteifreunde von allem Zusammenhange mit der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft wird lossagen wollen. Es gibt auch Zuschriften, die in mich drängen, daß ich dasselbe tun soll. Ich werde es nicht tun; ich bleibe bei der Fraktionsgemeinschaft, und zwar aus folgendem Grunde:

Wenn irgendein Mensch darüber eine praktische Erfahrung hat sammeln können, ob es möglich ist, zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Liberalismus eine neue Partei einzuschieben, so bin ich es. Ob sich die neue Partei sozialliberal nennt oder deutsche Demokratie oder sonstwie, das macht wenig aus. Ihr Charakter wird sein, auf der schmalen Grenzscheide zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus zu wandern. Ich kenne diese Gratwanderung, und habe die beste Kraft meiner jüngeren Jahre an diesen Versuch gesetzt, und weil ich mich auf die Geschichte des nationalsozialen Vereins berufen kann, habe ich ein gewisses Recht, allen denjenigen, die jetzt diesen Versuch wiederholen wollen, in aller Freundschaft und Offenheit zu sagen: **Man kann Sozialdemokrat werden, oder man muß zur Gemeinschaft des Liberalismus halten; etwas Drittes dazwischen gibt es heute noch weniger als vor zehn Jahren.** Es gibt Einzelmenschen, die zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus in der Mitte stehen (und auch ich habe zu ihnen gehört), aber eine Partei läßt sich aus Einzelmenschen nicht machen. Es kann nicht für jede politische Färbung eine besondere Organisation geben. Daß ich keinen Enthusiasmus für die Blockeinheit mit den Konservativen habe, wissen meine Freunde; daß ich vom Reichskanzler wenig Liberalismus erwarte, wissen sie auch, aber ich bleibe bei der liberalen Einigung und werde es auch gegen liebe und verehrte Freunde mit Festigkeit zu vertreten wissen."

Schon in der Nummer 13 vom 29. März 1908 schrieb die „Hilfe": Sicher sei es eine unnötige Verbitterung der Sachlage, wenn man diejenigen wie elende Kerle abkanzle, die dem Vereinsgesetz zustimmen: „Männer wie Traeger, Payer und Schrader stehen zu fest und zu hoch, um wegen eines wohlüberlegten schweren Schrittes der Verleumdung anheimfallen zu dürfen." In derselben Nummer der „Hilfe" hieß es: „Wir haben es sehr leicht, das ganze Vereinsgesetz zu Fall zu bringen. Dann können wir lange warten, bis wir wieder an dieselbe Stelle kommen und ein ebenso gutes Vereinsgesetz erlangen. Hinter dem Block kommt ja nach aller Wahrscheinlichkeit die Zentrumsherrschaft wieder, und diese ist erfahrungsgemäß weder willens, noch fähig, den Konservativen und der Regierung auch nur ein annähernd so gutes Gesetz abzuringen, weil alle Zentrumsgesetze mit Prozessionsbestimmungen oder Aehnlichem überladen werden und daran zugrunde gehen. Das deutsche Vereinsrecht bleibt in seinem Elend und seiner Verworrenheit, wenn jetzt die Gelegenheit versäumt wird."

Auch der Sozialdemokrat Eduard Bernstein erteilte den Anhängern von Dr. Barth den dringenden Rat, nicht aus der Freisinnigen Vereinigung auszuscheiden.

Die Spaltung der Freisinnigen Vereinigung.

Am 21. und 22. April 1908 hielt die Freisinnige Vereinigung ihren Parteitag in Frankfurt a. M. ab. Hier traten Dr. Barth, Dr. Breitscheid, v. Gerlach und etwa 20 andere Delegierte aus der Partei aus. Ueber die Gründe dieser Trennung veröffentlichte unmittelbar nach dem Parteitag Abg. Schrader im Auftrag des Gesamtvorstandes der Freisinnigen Vereinigung eine Erklärung, in der es heißt:

„In der Delegiertenversammlung am 22. dieses Monats haben die Herren Dr. Barth, v. Gerlach und Dr. Breitscheid und einige ihrer Gesinnungsgenossen ihren Austritt aus dem Wahlverein der Liberalen erklärt. Der Grund war die Ablehnung eines von ihnen gestellten Antrages, den Abgeordneten der Partei, welche im Reichstage für das Vereinsgesetz gestimmt hatten, das Bedauern des Parteitages auszudrücken. Die sehr große Mehrheit der Versammlung hat dies abgelehnt, weil sie anerkannte, daß die Parlamentarier im vollsten Pflichtgefühl und aus der Notwendigkeit der politischen Lage heraus gehandelt hätten. Allgemein wurde der Austritt der genannten Herren aus der Partei sehr bedauert, und unter allgemeinem Beifall wurde dem auch vom Leiter des Parteitages Ausdruck gegeben. Zugleich wurde aber unter der gleichen Zustimmung der Versammlung von ihm hervorgehoben, daß die politische Haltung der Partei dadurch in keiner Weise verändert werde."

Der Austritt von Dr. Barth und Genossen erfolgte, nachdem ein gegen die Fraktion gerichtetes Mißtrauensvotum mit 315 gegen 98 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen abgelehnt worden war. Die Vertreter der Fraktionspolitik hatten vor der Abstimmung erklärt, daß sie aus der Annahme des Antrags die Konsequenzen ziehen würden, und dasselbe war seitens des Reichstagsabg. Dr. Potthoff namens der Minorität für den Fall der Ablehnung erklärt worden. Dr. Potthoff schied aber nicht aus der Partei aus. Er erklärte in Frankfurt nach dem offiziellen Parteitagsprotokoll: „Sollte uns Barth verlassen, so werde ich mit ihm nicht hinausgehen, weil ich als Inhaber eines Mandats das einfach nicht kann ... Den Barth sind Sie los. Die Barthschen sind geblieben." Die „Liberale Korrespondenz" teilte mit, daß sich unter den 98 Teilnehmern am Parteitag, die für das gegen die Fraktion gerichtete Mißtrauensvotum waren, 69 Einzelpersonen befanden, „woraus hervorgeht, daß die Zustimmenden zu allermeist vereinzelte Mitglieder waren und wenig größere Organisationen oder Wahlkreise hinter sich hatten. Die 18 Enthaltungsstimmen rührten von solchen Mitgliedern, die die Einheit der Partei erhalten wollten, ohne die von ihr getanen Schritte damit rundweg billigen zu wollen."

Nur einige Beispiele, wie über das Treiben von Dr. Barth von seinen bisherigen Parteifreunden geurteilt wurde:

Unmittelbar nach dem Frankfurter Parteitag schrieb die auf dem Boden der Freisinnigen Vereinigung stehende **„Weser-Zeitung“**:

„Wirklich ausgetreten sind bis jetzt nur etwa zwanzig Herren, und zwar Leute, die bei aller Begabung und Hingebung doch stets bewiesen haben, daß ihnen die politisch entscheidende Fähigkeit, Scharen von Anhängern um sich zu sammeln, vollständig abgeht. Sie sind geradezu Musterbeispiele von Doktrinären, die es fertigbringen, Gedanken über Gedanken in logischer Folgerichtigkeit aus Vordersätzen zu ziehen, die das Mißgeschick haben, die Wirklichkeit niemals vollständig zu erfassen... Aber mit jener Verbissenheit, die aus dem Bewußtsein eines Predigens ohne Echo hervorgeht, haben sich die Herren in den Kampf gestürzt, um die übrigen Liberalen in Verachtung zu bringen. Was sie erreicht haben, ist vor allem das, daß sie halb oder ganz sozialdemokratisch gewordenen Schichten den Glauben beigebracht haben, die Freisinnigen hätten irgendwelche Volksrechte preisgegeben. Das wird nun von tausend unwahrhaftigen und von hunderttausend unwissenden Zungen nachgeplappert. Und doch steht unwiderleglich fest, daß die Freisinnigen für den preußischen Staat das allgemeine Wahlrecht verlangt und nichts davon preisgegeben haben, daß sie eben völlig machtlos waren (zum Teil durch Schuld der Sozialdemokratie) irgendetwas durchzusetzen. Ferner, daß sie sämtlich das Enteignungsrecht abgelehnt haben, daß sie sämtlich den strittigen § 7 des Vereinsgesetzes bekämpft und ihn erst angenommen haben, als feststand, daß andernfalls die Sprachenfrage noch viel schärfer im preußischen Landtag erledigt würde, darüber die bedeutenden Errungenschaften des Vereinsgesetzes aber hinfällig werden würden. In der Sache kann kein Grund für eine solche Befehdung der Freisinnigen liegen. Unseres Erachtens geht die grenzenlose Verbitterung aus dem stets enttäuschten Streben nach Macht und Einfluß hervor.“

Die **„Danziger Zeitung“** erklärte nach dem Parteitag:

„Wenn wir unser Empfinden angesichts der Wendung, die die Dinge nun genommen haben, in zwei Worten zusammenfassen wollen, so ist es das der — Erleichterung auf der einen Seite, auf der anderen Seite auch das des tiefsten Bedauerns darüber, daß sich ein sonst so trefflicher Mann, früher ein so hervorragender Vorkämpfer des Gesamtliberalismus, so verirren konnte.“

Anfang August urteilte die **„Liberale Korrespondenz“**, das offizielle Organ der Freisinnigen Vereinigung, über die Erfolge der Barthschen Politik:

„Der bürgerliche Liberalismus ist nicht stark genug, um sich das Vergnügen einer immer größer werdenden Zersplitterung zu gestatten. Diese Austrittsbewegung hat uns in Rheinland-Westfalen empfindlich geschadet, ohne der sogenannten demokratischen Bewegung irgendwelche erheblichen Erfolge zu verschaffen. Diese Bewegung verurteilt den an und für sich noch schwachen Linksliberalismus zu noch größerer Einflußlosigkeit und stärkt nur die Position der reaktionären Parteien, die es noch immer vortrefflich verstanden haben, aus der Haut der in Parteien und Parteichen aufgelösten Liberalen Riemen zu schneiden. Lorbeeren werden auch für die Demokratische Vereinigung so wenig bei uns wie anderswo zu pflücken sein. Barth und seine Freunde hätten jedenfalls innerhalb unserer politischen Organisation wirksamer ihre ab-

Digitized by Google

weichenden Anschauungen vertreten und in ihrem Sinne wirken können, als jetzt, wo ihnen ein Parteikörper fehlt, auf den sie sich stützen können, der ihnen gewissermaßen als Resonanzboden dient, um ihren Forderungen an die Gesetzgebung Nachdruck zu verleihen. Auch die Demokratische Vereinigung wird ihre Hoffnungen auf eine große Volksbewegung erheblich herunterschrauben und die Erfahrung machen müssen, daß durch noch so begeistert und stimmungsvoll verlaufene Volksversammlungen keine dauernden Erfolge erzielt werden und daß das Geheimnis alles Erfolges auch in der Politik in zäher, ausdauernder Kleinarbeit beruht. Daß diese Kleinarbeit in dem steinigen Boden Rheinland-Westfalens von der Demokratischen Vereinigung mit Aussicht auf Erfolg geleistet werden kann, das halten wir, zumal in Anbetracht ihrer geringen Anhängerzahl, für ausgeschlossen. Die Herren mögen sich in besondere politische Debattierklubs absondern, sie mögen sich gegenseitig wegen ihrer sogenannten Prinzipientreue beweihräuchern, aber einen nennenswerten Erfolg nach außen hin werden sie nicht erzielen, es sei denn, sie betrachten es als einen Erfolg, ihren früheren Freunden, die ihnen doch auch heute noch politisch am nächsten stehen, Schwierigkeiten in den Weg gelegt zu haben."

Als Dr. Barth nach seinem Scheiden aus der Freisinnigen Vereinigung auch aus Anlaß der Kämpfe um die Reichsfinanzreform seine Verdächtigungen gegen die Mitglieder der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft fortsetzte, rief Abg. Pachnicke ihm und seinen Anhängern ein ernstes Mahnwort im „Hamburger Fremdenblatt" zu. Er legte auf das ernsteste Verwahrung ein gegen die planmäßige Diskreditierung der freisinnigen Sache, die Untergrabung der Stellung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die Irritierung der Wählerschaft, die Auslieferung von Waffen an die Gegner.

„War diese Methode", so schrieb Abg. Pachnicke, „stets bedenklich, so wird sie es jetzt, wo wir alle Kräfte brauchen, um der aus der allgemeinen politischen Situation drohenden Schwierigkeiten Herr zu werden, in erhöhtem Maße. Die Reichsfinanzreform enthält Aufgaben, wie sie noch kein Reichstag zuvor zu lösen hatte. An das Verantwortlichkeitsgefühl, an die Klugheit der Fraktionsleitung treten die äußersten Ansprüche heran. Vielleicht kommt es im weiteren Verlauf zu einem Wahlkampf, der über die Zukunft der Partei entscheidet. Erfolgreich kann die Kampagne nur geführt werden, wenn die parlamentarischen Vertreter des Rückhalts in der Wählerschaft sicher sind. Und da sollten jene Würmer weiter an dem Baum des Liberalismus nagen! Wer nicht fühlt wie wir, der sage offen, daß er nicht zu uns gehört. Wer aber zu uns gehört, der beweise das Zugehörigkeitsgefühl, indem er maßhält in der Aeußerung des Widerspruchs und sich Zügel anlegt in der Tonart. Opposition muß sein; Kampf ist Leben. Aber es soll eine Opposition sein, die die Einheit der politischen Grundstimmung erkennen läßt. Keine Partei kann solche Minenstreuer auf die Dauer vertragen, am allerwenigsten die freisinnige, die nicht wie die konservative in jedem Landratsamt, nicht wie das Zentrum in jedem Pfarrhaus, nicht wie die Sozialdemokratie in jeder Werkstatt eine Agitationszentrale besitzt. Hier muß Wandel geschaffen werden, Wandel von innen heraus, durch bessere Einsicht, sonst tritt zuletzt das wirklich ein, was die Unheilspropheten verkündeten. Man hat genug am Liberalismus gesündigt, jetzt ist es Zeit zur Umkehr."

Digitized by Google

Die Mißerfolge der Barth-Demokraten.

Bei den preußischen Landtagswahlen hat die Demokratische Vereinigung, die behauptet, in erster Reihe den Kampf gegen die Reaktion führen zu wollen, in Wirklichkeit vornehmlich als ihre Aufgabe angesehen, der Freisinnigen Volkspartei in den Rücken zu fallen. Im Berliner Vorortwahlkreis Teltow-Beeskow störte sie das nationalliberal-freisinnige Kompromiß durch Aufstellung zweier eignen Kandidaten, Dr. Breitscheid und Witt. Auch in Niederbarnim und im zwölften Berliner Wahlkreis agitierten sie eifrig gegen die Freisinnige Volkspartei. Irgendwie nennenswerte Resultate wurden aber nirgends erzielt. Selbst im Wahlkreis Teltow-Beeskow erhielten sie nicht einmal so Wahlmänner, wie sie Versammlungen veranstaltet hatten. Dabei trat auch ein Vorstandsmitglied der Freisinnigen Vereinigung, Stern, hier für die Kandidaten der Demokratischen Vereinigung ein. Reichstagsabg. Dr. Potthoff versandte, obwohl Mitglied der Fraktion der Freisinnigen Vereinigung, einen mit Ausfällen gegen die Freisinnigen gespickten Aufruf zugunsten der Demokratischen Vereinigung. Auch die Zentrumspartei im Wahlkreise Teltow-Beeskow trat für die Herren Dr. Breitscheid und Witt ein. Selbst die „Hilfe" des Abg. D. Naumann schrieb nach den Landtagswahlen: „Daß der ungeheuere Fleiß und der ungewöhnliche finanzielle Aufwand der Sozialliberalen so gering belohnt würde, hatten doch auch die Pessimisten unter uns nicht angenommen. Unter 1500 Wahlmännern wurden in Teltow-Beeskow nur 67 „unbedingt zuverlässige" Barthianer gewählt, von denen auch nur wieder 50 bei der Abgeordnetenwahl ihr Wahlrecht ausübten." In bezug auf die Ursache des Mißerfolges der Barthianer schrieb die „Hilfe": „Wir erblicken sie im Kern der ganzen demokratischen Wahlagitation, in der offenen und überall rücksichtslos verkündeten Parole des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie. Sie mußte bei der öffentlichen Stimmabgabe ganz naturgemäß ruinös wirken." Nach den „Streiflichtern" soll jeder Wahlmann im Wahlkreis Teltow-Beeskow den Barth-Demokraten ungefähr 1000 Mk. gekostet haben. Unmittelbar vor der Wahl schlossen die Barthianer und Sozialdemokraten ein Kompromiß, wonach Dr. Breitscheid und der Sozialdemokrat Eduard Bernstein gemeinsam kandidierten. Das Ergebnis der Wahl war, daß die beiden konservativen Abgeordneten Felisch und Hammer in der Stichwahl gegen die freisinnig-nationalliberalen Kandidaten Dr. Tubenthal und Liepmann mit 612 gegen 481 Stimmen gewählt wurden, nachdem im ersten Wahlgang 618 konservative, 481 freisinnig-nationalliberale und etwa 400 Stimmen für Bernstein und Dr. Breitscheid abgegeben waren.

Digitized by Google

Der Sozialdemokrat Eduard Bernstein führte den Sieg der Sozialdemokraten in fünf Berliner Landtagswahlkreisen in erster Reihe auf die Kleinarbeit seiner Parteifreunde, sodann aber auf das Treiben der Barthianer und der ihnen ergebenen Presse zurück.

Das Kokettieren mit der Sozialdemokratie

Dr. Theodor Barth, der vor 20 Jahren der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, daß alle andern Gefahren, die der Freiheit drohen, an Gefährlichkeit nicht an die Gefahr heranreichen, der die Freiheit von seiten des Sozialismus ausgesetzt ist, sucht heute trotz aller Schmähungen der Freisinnigen durch die Sozialdemokratie eifrig für ein Bündnis mit der Sozialdemokratie Stimmung zu machen. Schon 1903 wurde Dr. Barth nicht müde, zu versichern, daß auch der ruppigste Sozialdemokrat ihn nicht hindern werde, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Die Sozialdemokraten wollen aber von dieser Freundschaft nichts wissen. In einer sozialliberalen Versammlung in Moabit erklärte im Juni 1908 ein Sozialdemokrat unter Bezugnahme auf Herrn v. Gerlach: „Dat det'n Halbseidner is, wissen wer alleene. Aber wer kennen doch den Mann gebrauchen." Nach der „Freisinnigen Zeitung" wurde in einer Versammlung in Schöneberg mitgeteilt, daß der Leiter des Bureaus der Demokratischen Vereinigung, Dr. Glaser, bei den Landtagswahlen in Schöneberg-Rixdorf zu den Sozialdemokraten gegangen sei und sich ihnen als Wahlmann angeboten habe. Er bekam jedoch die Antwort: „Als Wahlmann können wir Sie nicht gebrauchen, wenn Sie aber unsere Partei wählen wollen, soll's uns recht sein." Ende September 1908 erklärte Dr. Breitscheid in einer Versammlung der Demokratischen Vereinigung in Schöneberg, es sei ein Stolz der Demokratischen Vereinigung, daß sie dazu beigetragen habe, dem Freisinn in Berlin bei den letzten Landtagswahlen eine Schlappe zu bereiten. Im Verein für Wilmersdorf erklärte Dr. Barth am 7. September nach der „Volkszeitung": Wenn die Demokratische Vereinigung „bei der Wahl mit jemandem Geschäfte macht, so könnte es nur eine Richtung sein, die links von ihr steht."

Die Sozialdemokraten haben für diese Hilfe nur Hohn und Spott übrig. Ende August 1906 sprach der „Vorwärts" verächtlich von „Herrn Barth und seinem Bäckerdutzend Getreuer". Im März 1908 verspottete die „Leipziger Volkszeitung" die Anhänger Barths als Ideologen. Sie schrieb: „Durch den Spektakel, den sie eine Zeitlang in der Presse anzurühren verstehen, machen sie auf harmlose Gemüter den Eindruck, als stünde hinter diesen Alarmtrompeten ein ganzes Armeekorps, während in Wahrheit gar nichts hinter ihnen steht". Aehnlich

schrieb zur selben Zeit der „Vorwärts“, daß „hinter diesen braven Leuten Gerlach, Barth und Breitscheid“ gar kein Anhang steht: „Wenn die David, Bernstein, Südekum den Gerlach, Barth und Breitscheid im Wahlrechtskampfe helfen wollen, so erinnert das ein wenig an die rührende Szene, wo ein Blinder einem Lahmen helfen will, den Weg durch dieses irdische Jammertal zu finden.“

Die Kampfesweise der Barthianer.

In den Frankfurter Vereinbarungen, die im November 1906 getroffen worden sind, haben sich die berufenen Vertreter der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei verpflichtet, „ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß eine Befehdung der liberalen Gruppen untereinander in Wort und Schrift unterbleibt“. An diesem Einigungsbeschluß in Frankfurt a. M. hat auch Dr. Barth mitgewirkt und ihm zugestimmt. Er, sowie seine Anhänger und die ihm nahestehende Presse, insbesondere die „Berliner Volkszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ haben sich aber über diesen Beschluß hinweggesetzt. Schon bevor Herr Dr. Barth aus der Freisinnigen Vereinigung im April 1908 ausgeschieden war, wurde gröblichst wider den Einigungsbeschluß verstoßen. Da war im „Berliner Tageblatt“ (4. Februar 08) die Rede von einer „waschlappigen Haltung gewisser Fraktionsgrößen“ oder (26. Januar 08) „von den diplomatisierenden Vertretern des dürren Astes des Freisinns“. Die Freisinnige Volkspartei wurde in der „B. Z. am Mittag“ verhöhnt als das „Provinzialschulkollegium“. Der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Herr Theodor Wolff, zog zur Illustration der Wirkung der Blockpolitik auf die freisinnigen Abgeordneten die Geschichte des Philosophen Aristoteles und seiner Geliebten Phyllis heran. Er schrieb:

„Phyllis forderte von dem weisen Manne zuerst nur wenige und bescheidene Opfer, aber als sie bemerkte, daß er nicht mehr von ihr lassen konnte, wuchsen ihre Ansprüche und ihre Rücksichtslosigkeit. Sie zwang Aristoteles, auf allen Vieren zu kriechen, legte ihm einen Zaum in den Mund und ritt auf seinem Rücken.“

Der Artikel im „Berliner Tageblatt“ schloß: „Wer nicht mehr allein auf seinen zwei Füßen stehen will, der kriecht bald auf allen Vieren.“

Schon am 30. Oktober 1907 war im „Berliner Tageblatt“ von einem „etwas kläglichen Schauspiel“ die Rede, „daß einige freisinnige Politiker und Parlamentarier vor dem „„Block““ im Staube liegen. Sie bringen ihm alles zum Opfer dar, was sich dieser neueste Götze von Bülows Gnaden nur irgend wünschen kann.“

Ende Januar wurde von der Gruppe der Freisinnigen Vereinigung in Magdeburg nach einem Vortrag von Dr. Barth eine Resolution angenommen, in der jede weitere Unterstützung der Block-

politik durch freisinnige Parteien als eine charakterlose Verleugnung der demokratischen Grundsätze bezeichnet wurde.

Im März 1908 veröffentlichte Dr. Barth einen Aufruf an die Fraktionsmitglieder der Freisinnigen Vereinigung im Reichstag, worin deren Zustimmung zum Reichsvereinsgesetz als eine „flagrante Verletzung des Prinzips der Rechtsgleichheit" bezeichnet wurde und von einer „Unterdrückung von Parteiprinzipien" die Rede war.

Am 23. April 1908 schieden auf dem Parteitag in Frankfurt a. Main die Herren Dr. Barth, v. Gerlach und Breitscheid und einige 20 Anhänger aus der Freisinnigen Vereinigung aus. Seitdem überboten sich die Barthianer und deren Presse in Beschimpfungen der Freisinnigen. Selbst ein Haußmann wurde im Demokratischen Verein Rixdorf-Britz („Volkszeitung" 28. August) verhöhnt als ein „früherer Demokrat". Einem Friedrich Payer wurde Verrat demokratischer Grundsätze vorgeworfen. Von D. Naumann schreibt das „Berliner Tageblatt" am 24. April, daß er in Frankfurt a. M. „in den sieben Farben des Regenbogens" geschillert habe. Die „Berliner Volkszeitung" berichtet am 11. April, daß im Sozialliberalen Verein für Berlin dem Abg. Naumann von seinen früheren Gesinnungsgenossen vorgeworfen wurde, er habe demokratische Prinzipien aufgegeben und sei schuld am Zwist im eigenen Lager. Theodor Wolff schreibt am 23. April über die Spaltung in der Freisinnigen Vereinigung, daß die „bewährten Führer" der Freisinnigen „wie ausgehungerte Almosenempfänger aufjubeln, als es ihnen endlich vergönnt war, sich in der Regierungsnähe zu sonnen". Wörtlich hieß es in diesem Artikel von Theodor Wolff:

„Wir sahen sie, beim Erscheinen jeder neuen Gesetzesvorlage betriebsam herumlaufen, sahen sie sofort Konzessionen und Gefälligkeiten anbieten, und bei mehr als einem dieser flinken Vermittler konnte man Mephistos Vers über Marthe Schwertlein zitieren: Das ist ein Weib, wie auserlesen, zum Kuppler- und Zigeunerwesen."

Am 4. Juni war im „Berliner Tageblatt" die Rede von dem Spielen mit freisinnigen Prinzipien und von der Falstaffgarde, die der offizielle Freisinn in Berlin zu Kandidaten für die Landtagswahlen aufgestellt habe. Am 28. August wurden im „Berliner Tageblatt" Betrachtungen aufgestellt über das „Resignieren der freisinnigen Führer beim Stirnrunzeln eines Ministers, bei der Anwartschaft auf einen Orden oder einer Dinereinladung."

Am 3. Dezember hieß es im „Berliner Tageblatt": „Es ist nun einmal eine Tatsache, daß sich die Berliner Freisinnsgrößen vielfach von waschechten Reaktionären überhaupt noch kaum unterscheiden lassen." Am 30. September wurden die freisinnigen Führer im „Berliner Tageblatt" verhöhnt als „die Helden": „Man merkt es diesen wackeren Leuten förmlich an, wie ihnen das Herz in die Beinkleider gleitet, wenn sie an die Möglichkeit denken, dem Fürsten Bülow einmal ihre Forderungen entgegen zu halten." Am 5. Oktober

1908 hieß es im „Berliner Tageblatt“ in bezug auf die Haltung der freisinnigen Vertreter zur Frage der Reichsfinanzreform:

„Wie von den asiatischen Höflingen jeder sich als erster vor dem mächtigen Satrap in den Staub werfen und den Saum seines Kleides küssen möchte, so will jeder dieser Parlamentarier als erster die frohe Botschaft verkünden: „„Glaube, o Herr, an unsere selbstlose Unterwürfigkeit!““ und der Satrap fährt lächelnd zurück nach Norderney.“

Da hieß es, daß sich die ganze Taktik der Partei in zwei Bewegungen erschöpfe, „nämlich im Nachlaufen und im Davonlaufen.“

Herr v. Gerlach beschimpft am 9. Juni in der „Welt am Montag“ die freisinnigen Führer als „Memmen“ und am 22. Juni schreibt er:

„Die freisinnige Reaktion hat jede Scham verloren. Vor allem Volk wirft sie sich weg an Bülow. Offen buhlt sie mit der konservativ-antisemitischen Reaktion. Vom Freisinn ist ihr weiter nichts geblieben als der Name. Ein Feigenblatt. Darunter aber ist's fürchterlich.“

Nach dem „Berl. Tagebl.“ vom 29. August erklärte Theodor Barth im Sozial-Fortschrittlichen Kommunalverein für Berlin: „Die Volkspartei ist eine rückständige Genossenschaft. Es lohnt sich kaum der Mühe, sich mit dieser Gesellschaft zu befassen.“ Die „Berliner Volksztg.“ sprach „von den in die Enge getriebenen Opportunitätsmollusken Pachnicke und Naumann“, sowie von der „jammervollen Art, in der die Herren Pachnicke und Naumann ihre parlamentarischen Heldentaten“ zu entschuldigen suchten. Das bezeichne „einen Tiefstand liberaler Gesinnung, wie ihn selbst die extremsten Pessimisten nicht für möglich gehalten hätten“.

In der „Welt am Montag“ vom 5. Oktober wurde einerseits Dr. Barth gerühmt als der geborene Führer der Linken in Deutschland, wenn sie geeint und mächtig wäre, als ein Staatsmann großen Stils, der „zum Segen für das Volk“ längst Ministerpräsident oder Reichskanzler hätte werden müssen, und andererseits wurde der Abg. Kopsch verhöhnt in seiner Eigenschaft als Lehrer und Leiter seiner Schule. „In seiner Bildung das richtige Produkt eines schlesischen Volksschullehrerseminars von dunnemals hat er seitdem nichts gelernt und nichts vergessen.“ Kopsch sei „der Typus eines halbgebildeten Agitators.“ Die Abgeordneten Fischbeck, Kopsch und Dr. Wiemer werden von den Barth-Demokraten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse fast täglich geschmäht. Angesichts dieser Angriffe erscheint es dringend notwendig, das Treiben der Barth-Demokraten aktenmäßig zu beleuchten.

Auch ein Mitglied der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, der zur Freisinnigen Vereinigung gehörende Reichstagsabg. Potthoff, beteiligte sich an den Angriffen gegen die Freisinnige Volkspartei. Er sprach von geradezu schmachvollen Kompromissen. Ende Mai schrieb Abg. Potthoff in einem Aufruf, der sich gegen den freisinnigen Kandidaten im Wahlkreis Teltow-Beeskow und für dessen Gegenkandidaten Barthscher Richtung aussprach: „Allen ehrlich Liberalen in ganz Deutschland ist es eine Herzensfreude, daß die Demokratische

Vereinigung den Kampf gegen offene und verkappte Reaktion mit rücksichtsloser Energie aufgenommen hat."

Alles schon dagewesen!

Der Barthianer, der am Abend des Landtagswahltages triumphierend ausrief: die Sozialliberalen könnten die sozialdemokratischen Erfolge in Berlin bei den preußischen Landtagswahlen auch als ihre Erfolge betrachten, hat bis zu einem gewissen Grade recht. Die Verhetzungen, die Monate hindurch von sozialliberaler Seite gegen die Freisinnige Volkspartei getrieben wurden, mußten Verwirrung und Lauheit in die Reihen der freisinnigen Wähler tragen. Nur ist es falsch, anzunehmen, daß dieses Treiben seinen Grund hat in dem gegenwärtigen Verhalten der Freisinnigen Volkspartei oder in den Persönlichkeiten ihrer jetzigen parlamentarischen Vertreter. Von Herrn Dr. Barth und seinen Freunden ist genau ebenso wie gegenwärtig schon vor 18 Jahren bei den Wahlen gearbeitet worden. Eugen Richter schrieb deshalb schon 1903 bei den Landtagswahlen angesichts der gegen ihn gerichteten Vorwürfe unter Berufung auf Ben Akiba: Alles schon dagewesen!

Wenn Eugen Richter heute noch die Freisinnige Volkspartei leitete, würden seine Anhänger auch nicht geschützt sein vor Verdächtigungen als „Falstaffgarde". War es nicht Herr Dr. Barth, der Ende Mai 1890 gegen seinen Fraktionskollegen Eugen Richter in der „Nation" einen Angriff richtete, der, wenn er gerechtfertigt gewesen wäre, mit Notwendigkeit den Austritt Eugen Richters entweder aus der Partei, oder aus dem parlamentarischen Leben überhaupt hätte zur Folge haben müssen? Eugen Richter antwortete damals: „Meine Parteigenossen im Lande mögen über mich entscheiden. Bisher konnte ich den Eindruck nicht empfangen . . ., daß es im Parteiinteresse dringend geboten sei, mich von allen exponierten Stellungen nach und nach zu entfernen." Noch heftigere Angriffe als 1890 wurden im Jahre 1893 seitens der Anhänger des Herrn Dr. Barth gegen die freisinnigen Landtagsabgeordneten in Berlin und besonders gegen Eugen Richter gerichtet. Damals machten die Barthianer den Versuch, den zweiten, dritten und vierten Berliner Landtagswahlkreis an sich zu reißen. 1898 suchten dieselben Kreise, die heute die freisinnigen Vertreter Berlins im Abgeordnetenhause als „Falstaffgarde" verhöhnen, sogar einen Rudolf Virchow aus dem Abgeordnetenhause hinauszuwählen. Bei den Reichstagswahlen von 1898 wurde ein hochangesehener Berliner Rechtsanwalt, der die undankbare Aufgabe übernommen hatte, gegen Singer in Berlin IV zu kandidieren, herabzuwürdigen versucht, bis seine Berufskollegen Munckel und Albert Traeger ritterlich für ihn eintraten. Damals rief Munckel einem bekannten Gegner von Eugen Richter, von dem auch heute wieder die heftigsten Vorwürfe gegen die Freisinnigen ausgehen, voll feiner Ironie zu: „Dieser möge berufen sein, dereinst Eugen Richter zu ersetzen; jetzt aber sei seine Zeit noch

nicht gekommen.“ Bei den Wahlen von 1903 wiederholten sich genau dieselben Angriffe gegen die Freisinnigen durch die Anhänger von Dr. Barth. Anstatt die Wahl der freisinnigen Kandidaten zu fördern, befleißigten sich die Anhänger Barths, die parlamentarischen Vertreter für Berlin herabzusetzen. Es ist immer dasselbe Spiel. Bei allen Wahlen seit zwei Jahrzehnten sind die Anhänger des Herrn Dr. Barth den Freisinnigen in den Rücken gefallen. Schon 1893 wurde bei den Landtagswahlen von diesen die Parole ausgegeben, daß es sich um den Sturz von Abgeordneten handle, deren bloße Beseitigung schon ein Gewinn für den Liberalismus sei.

Es ist deshalb eine durchaus irrige Annahme, daß die gegenwärtigen Angriffe der Anhänger des Herrn Dr. Barth ihren Grund haben in der Blockpolitik oder durch Vorgänge der jüngsten Zeit hervorgerufen worden sind. Der wahre Grund ist zu finden in der Antwort, die Anfang der neunziger Jahre einem Freunde Eugen Richters auf dessen Frage zuteil wurde, weshalb denn die Angriffe gegen Eugen Richter nicht aufhörten, obwohl dieser einen „kräftigen Ruck nach links“ vorgenommen habe. Die Antwort lautete: „Wir steuern immer um einige Punkte weiter nach links als der offizielle Freisinn.“ Diese Eigenbrödler und ihre Presse glauben ihre Existenzberechtigung nicht anders beweisen zu können, als dadurch, daß sie stets eine abweichende Auffassung bekunden, sich als Besserwisser aufspielen und ständig diejenigen verunglimpfen, die von den Organisationen der Partei zur Führung der Geschäfte berufen sind.

Die Barth-Demokraten in Berlin.

Im Sommer und Herbst veranstalteten die Barthianer in Berlin zahlreiche Versammlungen, in denen sie sich in Schmähungen der Freisinnigen Volkspartei überboten. Sie beschränkten sich aber darauf nicht nur in ihren eigenen Versammlungen, sondern gingen dazu über, planmäßig auch Versammlungen zu stören, die von der Freisinnigen Volkspartei in Berlin veranstaltet wurden.

Als Vorsitzender des Fortschrittlichen Vereins der Potsdamer Vorstadt berief Reichstagsabg. Dr. Mugdan für Montag, den 14. September, nach der Viktoriabrauerei eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung ein: 1. Vortrag des Abg. Dr. Wiemer über Blockpolitik und Reaktion; 2. Freie Diskussion. Die Anhänger des Herrn Dr. Barth glaubten diese Versammlung als eine günstige Gelegenheit für einen Einbruch in die Organisationen der Freisinnigen Volkspartei in Berlin verwerten zu können. Sie hatten sich aber gründlich verrechnet. Die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei brandmarkten das den Liberalismus schwer schädigende Treiben der Demokratischen Vereinigung und widerlegten die haltlosen Beschuldigungen gegen die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft so nachdrücklich, daß die Versammlung statt mit dem erhofften Erfolge, mit einer Niederlage der Barthianer

schloß. Die Herren hatten ganz planmäßig die Sprengung der Versammlung vorbereitet und ihre Freunde aus ganz Berlin zusammengetrommelt. Einer der Führer der Demokratischen Vereinigung hatte folgendes Rundschreiben ergehen lassen:

„Geehrtes Mitglied! Am Montag, den 14. d. M., abends 8½ Uhr, findet in der Viktoriabrauerei, Lützowstr. 111-112, eine öffentliche Versammlung statt, in der zunächst Herr Dr. Wiemer über Blockpolitik und Reaktion sprechen wird. Im Anschluß daran soll zur Kandidatur des Herrn Dr. Mugdan für die Stadtverordnetenwahl im 5. Bezirk 2. Abteilung Stellung genommen werden. Wie Ihnen bekannt sein wird, ist vom sozial-fortschrittlichen Kommunalverein in diesem Bezirk unserem Mitgliede, Herrn Professor Dr. Richert, die Kandidatur übertragen worden. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um Sie zu veranlassen, in dieser Versammlung selbst zu erscheinen und möglichst viel zuverlässige Freunde mitzubringen, die mit Ihnen gegen Block- und Kommunalfreisinn protestieren. Außerdem bitte ich Sie, pünktlich zur Stelle zu sein. um evtl. den gewohnten Versammlungspraktiken der Volksparteiler erfolgreich entgegentreten zu können. Mit demokratischem Gruß Dr. Glaser."

Dieser Aufforderung waren zahlreiche Barthianer aus den verschiedensten Stadtgegenden gefolgt. Sie hatten die vorderen Reihen im Saal dicht besetzt und besonders viele Damen aufgeboten. Die Anhänger der Freisinnigen Volkspartei waren aber gleichfalls in großer Zahl erschienen und bereiteten von vornherein den Barthianern eine Enttäuschung, so daß der Barth-Demokrat Dr. Moses es für geraten hielt, seine Freunde ausdrücklich zur Ruhe zu ermahnen. Trotzdem riefen diese durch beleidigende Zurufe wiederholt derart turbulente Szenen hervor, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, einige der lautesten Ruhestörer aus dem Saal zu verweisen.

Abg. Dr. **Wiemer** betonte, daß bei den kommenden politischen Kämpfen das Hauptinteresse auf die Finanzreform im Reiche gerichtet sein werde. Auf diesem Gebiet wird auch die Blockpolitik die Hauptbelastungsprobe zu bestehen haben. Wird sich bei der Finanzreform die Blockpolitik von neuem bewähren? Soweit es auf uns ankommt, wird dies davon abhängen, ob die Voraussetzungen erfüllt werden, unter denen wir an der Blockpolitik mitwirken. Redner verweist auf den Beschluß des letzten Parteitags der Freisinnigen Volkspartei und auf die von der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft einmütig beschlossene Erklärung, in der ausgesprochen ist, daß die Freisinnigen die Blockpolitik unterstützen wollen in dem Bestreben, durch ihre Mitwirkung Fortschritte zu erreichen in der Richtung liberaler Anschauungen zum Besten des Vaterlandes. Wir sind nur 50 unter 399 Abgeordneten. Wir können nicht erwarten, daß nur freisinnige Gesetze gemacht werden. Aber wir können verhindern, daß einseitig reaktionäre Politik getrieben wird, und können durchsetzen, daß Fortschritte in unserm Sinn auf bestimmten Gebieten gemacht werden. Das ist zurzeit der einzige Weg, den Einfluß des liberalen Bürgertums in der Gesetzgebung zur Geltung zu bringen, das einzige Mittel, zu verhindern, daß das reaktionäre, kulturfeindliche Zentrum wieder der ausschlaggebende Faktor in der Reichspolitik wird. (Lebhafter Beifall.)

Nun sagen die Gegner: Ihr habt nichts erreicht! In einem Flugblatt der Sozialliberalen wird behauptet, daß die Blockpolitik bisher für den Liberalismus auch nicht den kleinsten Fortschritt gebracht habe. Sie könne es nach der politischen Lage in Staat und Reich auch in Zukunft nicht. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Demokraten.) Diese Behauptung bekundet

entweder erstaunliche Unkenntnis über die politischen Vorgänge oder sie ist wider besseres Wissen aufgestellt. Redner verweist auf die Erfolge der Liberalen bei der provisorischen Regelung der Beamtenbesoldung, auf die Reform der Strafbestimmungen hinsichtlich der Majestätsbeleidigung, auf die Börsengesetzreform und auf das Vereinsgesetz. Daß das neue Reichsvereinsgesetz erhebliche Fortschritte bringt, erkennen jetzt auch die Sozialdemokraten an. Das Gesetz ist gut; aber die Ausführung läßt noch viel zu wünschen übrig. Jetzt steht dem Reichstag die Kontrolle zu, und wir werden mit jenen reaktionären Machthabern, die noch immer vom alten Polizeigeist beherrscht sind, im Reichstag ein ernstes Wort zu reden haben. (Lebhafter Beifall.) Auch die neue Strafprozeßordnung, deren Entwurf veröffentlicht ist, enthält unzweifelhaft Verbesserungen der Strafrechtspflege in unserem Sinne. Ich sage das alles nicht, um meiner Zufriedenheit mit dem Erreichten Ausdruck zu geben — so bescheiden bin ich nicht. Ich sage das, um der tendenziösen Darstellung der parteipolitischen Lüge entgegenzutreten, als sei durch die Mitwirkung der Liberalen an der Blockpolitik auch nicht „der kleinste Fortschritt" erreicht worden. Das ist eine unwahre Behauptung, die nur den Zweck hat, Unkundige irre zu führen und sie vom Liberalismus abzusprengen. (Stürmischer Beifall, Lärm bei den Demokraten.)

Die Angriffe der Gegner können uns nicht beirren. Zentrum und Sozialdemokraten wetteifern darin, den Liberalismus zu verunglimpfen. Das ist erklärlich. Sie bleiben, wenn der Block zusammenhält, ohne Einfluß. Aber sie haben nicht darüber zu entscheiden, was dem Liberalismus dient und was sein Programm erfordert. Darüber entscheiden wir, und wir lehnen es ab, unsere sachliche und taktische Haltung nach den Wünschen der Gegner einzurichten. (Lebhafter Beifall.) Als dritter im Bunde erscheint jetzt die neue Partei, die Demokratische Vereinigung, die sich unter Führung der Herren Barth, Breitscheid und v. Gerlach gebildet hat, um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen. (Heiterkeit, lebhafter Beifall bei den Demokraten.) Je weniger Sie zu bedeuten haben, um so mehr Spektakel machen Sie. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Aber die Herren sollen an das Wort denken: Wer eine Zeitlang Lärm erregt, der glaube nicht, daß er die Welt bewegt! Diese politische Gruppe hat bei den Landtagswahlen das jämmerlichste Fiasko gemacht, das sich denken läßt. Ein ungeheurer Tamtam wurde in der Presse geschlagen, Versammlungen über Versammlungen abgehalten, Anstrengungen aller Art gemacht — und das Ergebnis war eine Riesenblamage. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Um ihre Notwendigkeit der staunenden Mitwelt klar zu machen, müssen sie die freisinnigen Gruppen, von denen sie sich getrennt haben, natürlich schlecht machen. Diese Taktik wird ganz nach sozialdemokratischem Rezept verfolgt, und die Tonart der Polemik, namentlich gegen die Freisinnige Volkspartei, zeigt, daß die Herren den Ehrgeiz haben, an Ruppigkeit sogar noch die Sozialdemokratie zu übertreffen. (Stürmischer Beifall und Lärm.) Redner zitiert verschiedene Aeußerungen von Dr. Barth, der die Freisinnige Volkspartei als „dellassiert" und als eine „rückständige Genossenschaft" bezeichnet habe. „Das bißchen Volkspartei sei eines ernsten Kampfes wirklich nicht wert." Die dii minorum gentium suchen ihren Herrn und Meister in dieser Tonart noch zu übertreffen. Ich würde es für eine Beleidigung der Freisinnigen Volkspartei halten, wenn ich sie gegen solche Geschmacklosigkeiten verteidigen wollte. (Lebh. Beifall.) Ich führe diese Aeußerungen nur an, weil sie die Anmaßung, die politische Großmannssucht und das Wortheldentum kennzeichnen, das aus allen Kundgebungen der Demokratischen Vereinigung spricht. (Stürmischer Beifall und Lärm.)

Der Kern der sachlichen und taktischen Meinungsverschiedenheiten ist die Stellung zur Sozialdemokratie. Der zur Barthschen Gruppe gehörige Stadtv. Dr. Preuß hat jüngst hier in einer Versammlung gesagt: „Die Quintessenz der Blockpolitik ist der Rotkoller. (Lachen und Zustimmung.) Wir müssen uns vom Rotkoller befreien; denn nur im Zusammengehen des Bürgertums und der Arbeiterschaft kann die Freiheit großer Kommunen gedeihen." (Beifall bei den Demokraten.) Auch ich wünsche ein Zusammengehen von Bürgertum und Arbeiterschaft und bin überzeugt davon, daß ein solches Zusammenwirken auf dem Boden der bestehenden Ordnung und des gleichen Rechtes mit dem ehrlichen Streben nach Reformen beiden Teilen und dem ganzen Vaterlande von großem Nutzen sein würde. Ich bestreite aber auf das entschiedenste, daß Arbeiterschaft und Sozialdemokratie gleichbedeutend sind. (Lebhafte Zustimmung.) Millionen von Arbeitern stehen außerhalb der Sozialdemokratie, die mit uns der Ueberzeugung sind, daß die wahren Interessen der Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie nicht gefördert, sondern geschädigt werden. (Beifall.) Nicht aus „Rotkoller" und nicht wegen der Blockpolitik, sondern von jeher sind wir Gegner der Sozialdemokratie wegen der marxistisch-kommunistischen Lehre, die die Grundlage ihres Programms ist, wegen des Klassenkampfes, wegen ihrer fanatischen und terroristischen Agitation. Das Bürgertum soll mit den Sozialdemokraten zusammengehen, um die Freiheit zu sichern! Was die Sozialdemokraten unter Freiheit verstehen, das haben wir wieder bei den letzten Wahlen gesehen. Die von der Sozialdemokratie abhängige Wählerschaft ist in brutaler Weise bedroht und boykottiert worden. (Stürmischer Beifall.) Fräulein Baader hat jetzt in Nürnberg unumwunden den Terrorismus gepredigt und der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß dieser Terrorismus bei den Wahlen in Berlin Erfolge erzielt hat. Sie hat gedroht, daß die Sozialdemokraten es das nächste Mal noch ganz anders machen wollen. (Hört, hört!) Bei diesem offenen Bekenntnis zur Gesinnungsknechtung scheint dem früheren Abgeordneten v. Elm doch etwas bange geworden zu sein. Er hat erklärt, daß die Sozialdemokratie den Terrorismus grundsätzlich verwerfe. Wenn sie ihn diesmal angewendet habe, so sei das nur geschehen, um das heutige Landtagswahlsystem ad absurdum zu führen. (Gelächter.) Das ist eine ganz windige Ausrede. Mit demselben Recht könnten die Reaktionäre Wahldruck und Beeinflussungen bei den Reichstagswahlen verteidigen, indem sie sagen, sie täten das nur, um das Reichstagswahlrecht ad absurdum zu führen. (Zustimmung.) Der Terrorismus der Sozialdemokratie ist genau so verwerflich wie jede andere Wahlbeeinflussung. Und wenn die Sozialdemokratie den Terrorismus anwendet und verteidigt, so verwirkt sie das Recht, sich über Wahlbeeinflussungen zu beschweren, die von reaktionärer Seite geübt werden. (Lebhafter Beifall.) Diese jüngsten Erfahrungen sind ein neuer Beweis für einen Ausspruch, den ein linksstehender Politiker vor Jahren einmal getan hat: Sozialismus und Liberalismus sind tödliche Feinde. Alle anderen Gefahren, welche der Freiheit drohen, reichen an Gefährlichkeit nicht an die Gefahr heran, der die Freiheit von seiten des Sozialismus ausgesetzt ist. Der das geschrieben hat, ist Dr. Theodor Barth. (Große Heiterkeit, Lärm und Widerspruch bei den Demokraten.) Er hat sich gewandelt, wir nicht. Er sucht jetzt das Heil für den Liberalismus im Liebäugeln mit dem Sozialismus; wir waren und bleiben entschlossene Gegner der Sozialdemokratie, weil wir nicht wollen, daß die sozialdemokratische Woge über den Liberalismus hinweggeht. Wir führen mit aller Entschiedenheit den Kampf auch nach links gegen die Sozialdemokratie und die Schleppenträger der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Digitized by Google

Sodann behandelt Redner eingehend den Fall Schücking und die Frage des Wahlrechts. Es handle sich darum, ob auf dem Gebiete des Wahlrechts die Reformen durchgeführt werden, die notwendig sind, wenn Preußen der führende Staat in Deutschland bleiben soll? Das steht im engsten Zusammenhang mit der Blockpolitik. Darüber haben wir niemals einen Zweifel gelassen — das ist auch im Wahlaufruf der Linksliberalen ausgesprochen — daß eine gedeihliche Arbeit im Reiche nicht möglich erscheint, wenn in Preußen die Reaktion dauernd Trumpf bleibt.

Ob Blockpolitik oder nicht — die Taktik ändert sich und richtet sich nach der jeweiligen politischen Lage — unser Ziel steht fest: Wir wollen dem entschiedenen Liberalismus den Einfluß im Vaterlande erringen, auf den er nach seiner geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung Anspruch hat. Von dem Wege, den wir als den rechten erkennen, werden uns nicht abbringen die Angriffe und Schmähungen der Gegner, nicht der Tadel „der Ueberweisen, die um eigene Sonnen kreisen". Wir wollen handeln in einmütiger Entschlossenheit in den eigenen Reihen, nach bester Ueberzeugung mit dem ehrlichen Willen, dem Liberalismus zu dienen und dem Vaterlande. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als erster Redner in der Diskussion erhielt Dr. **Moses** das Wort. Er wiederholte die oft widerlegten und richtiggestellten Beschuldigungen, die seit Monaten in der Presse und in den Versammlungen der Barthianer gegen die linksliberale Fraktionsgemeinschaft und insbesondere gegen die Freisinnige Volkspartei erhoben worden sind. Er kennt zwar die Haltung, welche die linksliberale Fraktionsgemeinschaft im nächsten Winter in der Frage der Reichsfinanzreform einnehmen wird, nicht, aber er verurteilt sie schon heute. Dr. Moses hatte die Freundlichkeit, zuzugestehen, daß das Programm der Freisinnigen Volkspartei gut ist; aber er behauptete, daß die Partei es nicht in die Tat umsetze. In Wirklichkeit sind eine Reihe von Forderungen des Programms der Freisinnigen Volkspartei seit seiner Entstehung vor vierzehn Jahren durchgeführt worden, und wenn es bisher nicht gelungen ist, noch mehr durchzusetzen, so ist dies wahrlich nicht die Schuld der Freisinnigen Volkspartei, sondern begründet in den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. Natürlich schmähte Dr. Moses die Freisinnigen, weil sie die Blockpolitik mitmachen. Er kritisierte in bekannter Art die Vorgänge bei den Landtagswahlen in Niederbarnim und Flensburg, war aber taub gegenüber der Erinnerung, daß von den bisherigen Parteigenossen des Dr. Barth im preußischen Abgeordnetenhause die Hälfte durch Kompromisse mit den Konservativen gewählt worden ist. Bezeichnend für die großsprecherische Art des Herrn Dr. Moses war die Wendung am Schluß seiner Rede, daß die Demokraten die Aufgabe hätten, aufrechte, steifnackige Männer in das Parlament zu entsenden.

Parteisekretär Karl Schumacher wies nach, daß über die Zuverlässigkeit der Herren von der Barthpartei beim besten Willen nicht viel Rühmliches gesagt werden kann. Ihre Führer haben sich in ihrer politischen Tätigkeit als sehr wandelbar und unzuverlässig erwiesen. Es sei nur an Herrn Dr. Barth erinnert, der 1893 seinen Wählern in Hirschberg-Schönau bestimmte Zusicherungen bezüglich seines Verhaltens zur Militärvorlage gab, die er nachher nicht hielt. Zuverlässigkeit sieht anders aus. Zum Schluß betonte der Redner, daß an der häßlichen Bekämpfung der Freisinnigen Volkspartei durch die Demokratische Vereinigung die Reaktion ihre helle Freude haben muß. Wenn die Demokraten wirklich ernstlich den Kampf gegen die Reaktion führen wollten, dann wäre es ihre Pflicht, Schulter an Schulter mit allen wahrhaft liberalen Elementen vorzugehen, nicht aber ihre ganze

Digitized by Google

Kraft daran zu setzen, den Liberalismus zu verhetzen und zu zersplittern. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erhielt **Arbeiter Müller** aus der Rosenthaler Straße das Wort, der sich als Mitglied der Gewerkvereine vorstellte. Er richtete einige der üblichen Beschuldigungen gegen die Freisinnigen und redete einem Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie das Wort. Besonders machte er den Freisinnigen die Zustimmung zum Sprachenparagraph im neuen Vereinsgesetz zum Vorwurf. Die verblüffende Versicherung: „Das 20. Jahrhundert gehört der Demokratischen Vereinigung" weckte eine so fröhliche Stimmung, daß zum Teil auch die Barthianer sich dem Eindruck dieser unfreiwillig komisch wirkenden Erklärung nicht entziehen konnten.

Mit Beifall begrüßt, wies Abg. **Dr. Mugdan** nachdrücklich darauf hin, daß der Vorredner bei der Beurteilung des Vereinsgesetzes nicht die Ansichten der Deutschen Gewerkvereine vertrete, diese seien vielmehr in einem vom Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine, Karl Goldschmidt, unter dem Titel „Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich" herausgegebenen Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts festgestellt und aus diesem Kommentar des Vorsitzenden der Gewerkvereine ergebe sich, daß gerade für die Gewerkvereine das Vereinsgesetz einen außerordentlichen Vorteil bedeutet. Dr. Mugdan hob hervor, daß der sogenannte Sprachenparagraph nicht mehr derselbe ist, den die Regierung vorgeschlagen hat, denn den Mitgliedern der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sei es in der Kommission gelungen, außerordentliche Verbesserungen zu schaffen, wie die allgemeine Zulassung des Gebrauchs einer fremden Sprache bei allen Wahlversammlungen auch außerhalb der Wahlzeit auf Jahre hinaus in allen gemischtsprachigen Gegenden. Dr. Mugdan erinnerte den Vorredner, der ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten empfehle, daran, daß die Gewerkvereinler ununterbrochen von der Sozialdemokratie beschimpft werden und auch der Vorredner selbst im Jargon seiner „neuen Freunde" entweder ein „Hirsch" oder ein „brünstiger Hirsch" nur sei, der auf jeden Fall zu den „gelben" Gewerkschaften gerechnet werde, womit in ganz verlogener Weise von der Sozialdemokratie den Deutschen Gewerkvereinen der Schimpf angetan werde, daß sie beschuldigt werden, bei allen Lohnstreitigkeiten als Streikbrecher aufzutreten und die Partei der Unternehmer zu nehmen. Wenn der Vorredner angesichts des Terrorismus, der gerade den Gewerkvereinen gegenüber von der Sozialdemokratie überall, auch bei der Arbeit, ausgeübt werde, mit der Sozialdemokratie liebäugle, dann besitze er entweder kein Ehrgefühl, oder sei gar nicht wert, den Deutschen Gewerkvereinen anzugehören. Gegenüber der Darstellung, als ob er ein angeblicher Feind der Sozialreform sei, hob Dr. Mugdan hervor, daß er schon lange vor seinem Eintritt in das Parlament für eine Arbeiterschutzgesetzgebung und die Fortführung der Arbeiterversicherung eingetreten sei, da er von jeher in der Fortführung der sozialen Reform eine der wichtigsten Aufgaben der liberalen Partei gesehen habe. Die Sozialdemokratie aber stört die sozialen Reformen, sie verekle sie den Unternehmern und schadet dadurch den Arbeitern, daß viele Kreise Arbeiter mit Sozialdemokrat gleichsetzen, obgleich dies grundfalsch ist. Ihn mache nicht nur die marxistische Irrlehre zu einem Gegner der Sozialdemokratie, sondern noch weit mehr ihr Auftreten in der Gegenwart, die fortwährende Verhetzung der Unternehmer, gleichgültig, ob sie Großindustrielle oder Kleingewerbetreibende seien, die ununterbrochene Schürung des sozialen Unfriedens in Fabrik, Laden und Werkstatt, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die manchmal direkt zur Erpressung ausartet. Was bei der Landtagswahl seitens der Sozialdemokratie gegenüber

den kleinen Gewerbetreibenden, die freisinnige Wahlmänner gewesen sind, geleistet worden ist, das ist nicht nur Terrorismus, das ist Zwang zu einer ehrlosen Handlung, denn die Sozialdemokratie hat diese Wahlmänner, die sich verpflichtet hatten, einen freisinnigen Kandidaten zu wählen, mit der Androhung der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz direkt gezwungen, ihre Verpflichtungen nicht zu halten. Abg. Mugdan schloß mit der Versicherung, daß er sich durch nichts in seinen Reformbestrebungen und in seiner Stellung gegenüber der Sozialdemokratie beirren lassen werde. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer ging auf die Vorgänge in Niederbarnim und Flensburg näher ein und wies die gegen die Freisinnige Volkspartei und die gegen die Parteigenossen in diesen Wahlkreisen erhobenen Vorwürfe mit Schärfe zurück. Ebenso kennzeichnete er die Haltlosigkeit des von Dr. Moses erhobenen Vorwurfs, daß die Freisinnigen im Landtag nicht energisch genug für die Wahlreform eingetreten seien. Für Straßendemonstrationen, die Dr. Barth im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung verteidigt habe, seien allerdings die Freisinnigen nicht zu haben. Mit solchen nutzlosen und gefährlichen Demonstrationen würden nur die Geschäfte der Reaktion besorgt.

Inzwischen war Mitternacht längst vorüber und die erste Stunde weit vorgeschritten. Abg. Dr. Mugdan teilte mit, daß ein Antrag auf Schluß der Diskussion eingegangen sei, daß aber noch zwanzig Redner sich zum Wort gemeldet hätten. Mit Rücksicht auf diese große Rednerliste, deren Erschöpfung unmöglich war, stimmten auch viele Barthianer für den Schluß der Diskussion. Als dann aber aus der Versammlung heraus versucht wurde, eine Gegenprobe zu machen, stimmten nicht wenige von den Besuchern, die eben noch für den Schluß der Diskussion die Hand erhoben hatten, gegen denselben, und mehrfach wurde festgestellt, daß Barthianer zwei Hände erhoben, um den Eindruck zu erwecken, daß sie in der Mehrheit seien.

Die Versammlung in der Schloßbrauerei zu Schöneberg.

Am Donnerstag, den 24. September, erlebten die Freunde des Herrn Dr. Barth mit dem Versuch, eine Versammlung der Freisinnigen zu sprengen, eine neue schwere Enttäuschung. Der Liberale Verein für Schöneberg hatte nach der Schloßbrauerei in Schöneberg eine öffentliche Versammlung einberufen mit einem Vortrag des Herrn Reichstagsabg. Dr. Wiemer über die politische Lage in Preußen und im Reiche. Wieder waren, wie in der Viktoria-Brauerei, zu dieser Veranstaltung der Freisinnigen Volkspartei von den Barthianern alle Anhänger der „Demokratischen Vereinigung" aufgeboten. Sie waren in großer Zahl aus ganz Berlin gekommen, sogar aus Pankow hatten sich Anhänger des Herrn Dr. Barth in Schöneberg eingefunden. Aus Schöneberg selbst stammten höchstens ein bis zwei Dutzend der erschienenen Barthianer. Man sah in der Versammlung dieselben Gesichter, die in der Woche vorher die Versammlung in der Viktoriabrauerei gestört hatten. Wie damals, war auch Herr Dr. Moses gekommen, aber auch Herr Dr. Theodor Barth selbst war er-

schienen. Sofort nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Stadtv. Zobel gingen von sechs Barthianern, von denen einzelne gar nicht im Saal waren, Wortmeldungen ein, noch ehe der Vortragende ein Wort geredet hatte. So wurde besonders auch Herr Dr. Barth durch einen seiner Anhänger zu Wort gemeldet, bevor er in der Versammlung erschienen war.

Der Referent, Abg. Dr. **Wiemer,** behandelte in seinem fast anderthalbstündigen Vortrag die schwebenden politischen Fragen in Preußen und im Reich, wobei er auch die mannigfachen Erfahrungen bei der letzten Landtagswahl kennzeichnete und den Terrorismus der Sozialdemokratie geißelte.

Hierauf erhielt Herr Dr. **Theodor Barth,** von seinen Freunden lärmend begrüßt, das Wort. Er begann mit der Versicherung, daß er von jeher für den Liberalen Verein in Schöneberg ein Faible gehabt habe, und zwar wegen seines Kommunalprogramms, das sich wesentlich unterscheide von den Forderungen des Berliner Kommunalfreisinns. Herr Dr. Barth benutzte diese Einleitung, um ganz unmotiviert, ohne daß die Ausführungen des Abg. Dr. Wiemer im allermindesten dazu Anlaß gegeben hätten, zu Angriffen auf den Abg. Dr. Mugdan überzugehen, daß er sich gegen die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Gemeindewahlen ausgesprochen habe. Damit suchte Herr Dr. Barth unter Heranziehung auch der Frage der Wertzuwachssteuer in Schöneberg Stimmung zu machen gegen die Kandidatur des Abg. Dr. Mugdan für die Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Unter heftigen Angriffen auf die Blockpolitik behauptete er, daß der Freisinn seines demokratischen Charakters entkleidet und zu einem Schleppenträger der Reaktion geworden sei. Dr. Barth versicherte, Fürst Bülow könne gar keine andere Politik machen als mit den Junkern und dem Zentrum. (Dabei haben gerade die Freunde des Herrn Dr. Barth, als Hohenlohe gegangen war, eindringlich und immer von neuem wieder den Reichskanzler Fürsten Bülow als eine Art gefesselten Prometheus hingestellt, der keinen sehnlicheren Wunsch kenne, als durch die Freisinnigen aus den Banden des Junkertums befreit zu werden.) Dr. Barth meinte, wenn behauptet werde, daß das Zentrum infolge der Blockpolitik schlechte Geschäfte gemacht habe, so sei das Larifari. Die Zentrumspartei sei heute so wie vor der Zeit des Blocks die eigentlich leitende Partei im Reiche. Als ihm hier zugerufen wurde, er solle das beweisen, wich er aus durch die emphatische Wendung: was frage ich nach katholischem oder protestantischem Klerikalismus, klerikale Politik werde in Preußen getrieben. Wenn nicht die Blockpolitik auf Preußen ausgedehnt werde, so sei die ganze Blockpolitik ein schlechter Witz. Diese Ausdehnung der Blockpolitik müsse „auf dem Wege der Erpressung" erreicht werden. In den kritischen Tagen vom Anfang Dezember vorigen Jahres habe die Freisinnige Fraktionsgemeinschaft dies versäumt, und deshalb konnte Bülow aufatmen. Am 4. Dezember hätte dem Fürsten Bülow zu Gemüte geführt werden müssen, daß die Freisinnigen nur gegen bündige Zusicherungen für die Fortführung der Blockpolitik zu haben seien, dann würde der Reichskanzler erkannt haben, daß er es mit „politischen Geschäftsmännern" zu tun habe. Von diesem Gesichtspunkt aus verlangte Dr. Barth: Der Freisinn darf keinen Pfennig neuer Steuern im Reiche bewilligen ohne das Reichswahlrecht in Preußen! Hieran knüpfte er Vorwürfe gegen den Abg. Dr. Müller-Meiningen, ohne Notiz zu nehmen von der Richtigstellung, die dieser gegenüber mißverständlicher Auffassung seiner Aeußerung, daß die Schlacht um das geheime Wahlrecht in der Prinz-

Albrechtstraße geschlagen werden muß, in der Presse gegeben hat. Mit Bezug auf die Lehrermaßregelungen und den Fall Schücking behauptete Dr. Barth: Die Freisinnigen seien genötigt, sich mit ihren Blockgenossen gut zu vertragen und müßten manches bei den Konservativen übersehen, was sie, wenn sie frei wären, hätten rügen müssen. Weiter orakelte er, die Finanzreform würde von Konservativen und Zentrum gemacht werden und die Freisinnigen würden dabei den letzten Rest von Ehre und Reputation verlieren.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter **Zobel,** waltete durchaus unparteiisch seines Amtes. Als die Barthianer während des Vortrages des Abg. Dr. Wiemer sich in höhnischen Zwischenrufen gefielen, rief er den Ruhestörern zu, die Herren aus Berlin sollten nicht aus ihren Versammlungen den Ton nach Schöneberg zu verpflanzen suchen; sie würden sich erst an den Schöneberger Ton gewöhnen müssen. Die Barthianer in ihrem Feingefühl erblickten in dieser gut gemeinten Mahnung eine Provokation. Der Vorsitzende Zobel nahm auch Dr. Barth während seines dreiviertelstündigen Vortrages gegenüber Zwischenrufen energisch in Schutz. Als bei der Behauptung Barths, daß die Freisinnigen eher eine Erhöhung der Zivilliste als eine Durchsetzung ihrer Beamtengehaltsforderungen erleben würden, der Zwischenruf: „Faule Witze" fiel, rügte Herr Zobel dies sehr energisch. Die Barthianer konnten sich also gewiß nicht über parteiische Behandlung in der Versammlung beklagen. Als aber nach Dr. Barth der Abg. Kopsch das Wort ergriff, um das Auftreten des Herrn Dr. Barth zu charakterisieren, wurde er alsbald durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen.

Abg. **Kopsch** kennzeichnete das Verhalten der „Demokraten" in freisinnigen Versammlungen und hob den Unterschied hervor zwischen der feindseligen Art des Auftretens des Herrn Dr. Barth und seiner Anhänger und dem Ton, in dem in demselben Saale vor einigen Jahren ein Meinungsaustausch zwischen D. Naumann und ihm (Kopsch) erfolgte. Er betonte, daß mehr als das schlechte Wahlrecht die Taktik der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen geschadet habe Die Sozialdemokraten wollten in Wahlkreisen mit zwei Abgeordneten die Freisinnigen nur unterstützen, wenn diese ihnen eines der beiden Mandate zusicherten. Die Erfüllung dieser Forderung sei ganz unmöglich, denn selbst wenn die Parteileitungen darauf eingegangen wären, die Wähler würden nicht gefolgt sein. Wenn Dr. Barth hervorgehoben habe, daß seit vierzig Jahren niemals die Zentrumspartei im Abgeordnetenhaus so stark gewesen sei wie jetzt, wem verdanke sie denn im wesentlichen diesen Erfolg als der Sozialdemokratie, die dem Zentrum, besonders in Rheinland-Westfalen, neue Mandate gesichert hat, obwohl doch gerade im preußischen Abgeordnetenhaus die Förderung von Kulturfragen gegen das Zentrum in Frage komme. Dr. Barth habe in früherer Zeit als die größte Gefahr für das Kulturleben Deutschlands das Zentrum bezeichnet. Derselbe Dr. Barth aber habe im vorigen Jahre, als die Freisinnigen nach der Reichstagsauflösung in heftigem Kampf mit dem Zentrum standen, sich auf die Seite des Zentrums gestellt. Wenn damals die Freisinnigen die von der Regierung dargebotene Hand zurückgewiesen hätten, so hätten sie sicher keinen schärferen Verurteiler gefunden als Dr. Barth. Als Beweis für diese Behauptung könne er anführen, was Dr. Barth in der „Nation" beim Tode Eugen Richters geschrieben habe. Dr. Barth machte es damals dem Führer der Freisinnigen Volkspartei zum Vorwurf: „Daß ein Politiker gelegentlich, um das gesamte Schiff zu retten, einen Teil der Ladung über Bord werfen muß, das wollte ihm nicht einleuchten." Wie kann Herr Dr. Barth mit solchen Ansichten der Freisinnigen Volkspartei jetzt Vorwürfe machen! Wir werfen nichts über Bord von unsrer politischen Vergangenheit, nichts von unserm Programm, aber unser Pflichtgefühl sagt uns, daß wir die

Digitized by Google

für den Liberalismus günstige Situation ausnützen müssen, um zunächst einen Teil unserer Forderungen in den Hafen zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Wenn die Anhänger des Herrn Dr. Barth heute versichern, daß sie der Freisinnigen Volkspartei kein Vertrauen entgegenbringen: sie haben uns auch früher nicht Vertrauen entgegengebracht, sie sind unsere Gegner, jetzt wie zu Eugen Richters Zeit. (Lebhafte Zustimmung.) Heute erklärt Herr Dr. Barth, daß die Freisinnigen im Reichstag keinen Pfennig bewilligen dürften ohne Gewährung von Zugeständnissen durch die Regierung in Preußen. Derselbe Dr. Barth aber hat, als er noch Abgeordneter war, auf das entschiedenste den Kuhhandel des Zentrums gebrandmarkt, wenn das Zentrum für sein Entgegenkommen im Reiche Zugeständnisse in Preußen verlangte. Wir verlangen die Reform des Wahlrechts in Preußen im Interesse des Kulturfortschritts Preußens und des Reiches, und wir verlangen zum andern, daß bei der bevorstehenden Finanzreform die schwachen Schultern möglichst geschont und die starken Schultern durch Einführung direkter Reichssteuern mehr als bisher herangezogen werden. Für beide Forderungen treten wir ein, weil sie an sich gerecht sind, ohne uns auf eine „Erpressungspolitik", die als unmoralisch bezeichnet werden muß, einzulassen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn Dr. Barth prophezeit habe, die Freisinnigen würden gemeinsam mit Konservativen und Zentrum die Finanzreform bewilligen, so müsse diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Aus dieser Unterstellung leuchtet das Bestreben hervor, das Vertrauen zu den Freisinnigen zu untergraben. Der schlimmste Vorwurf, der in der Oeffentlichkeit einem Abgeordneten gemacht werden könne, sei der, daß er wohl anders handeln werde, als er nach seinem Programm und in seinen Reden bisher zum Ausdruck gebracht hat. Niemand sei aber weniger berechtigt, in öffentlicher Versammlung Mißtrauen gegen die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei zum Ausdruck zu bringen, die ein Menschenalter für ihre Ueberzeugung getreu ihrem Programme gearbeitet und gekämpft haben, als Herr Dr. Barth. Nachdem er aber dieses schwere Mißtrauen ausgedrückt, müsse an ihn die Frage gerichtet werden: Wo, Herr Dr. Barth, ist denn das Vertrauen Ihrer früheren Wähler zu Ihnen geblieben, welches Vertrauen haben die Wähler im Wahlkreise Hirschberg-Schönau zu Ihnen, und wie ist es mit dem Vertrauen der Wähler in Kiel bestellt?

Bei dem Hinweis auf die Stellung des Herrn Dr. Barth zu seinen früheren Wahlkreisen Hirschberg und Kiel wurden die Barthianer in helle Wut versetzt.

Dr. **Barth** sprang auf und rief dem Abg. Kopsch zu: „Verleumdung!"

Der Vorsitzende Stadtv. **Zobel** verlangte, daß Herr Dr. Barth revoziere. Die Anhänger Barths erhoben den Ruf: „Nicht revozieren!" Unter unbeschreiblichem Lärm trat Herr Dr. Barth an den Vorstandstisch und verlangte das Wort.

Vorsitzender: „Wollen Sie die Beleidigung zurücknehmen?"

Dr. **Barth:** „Fällt mir gar nicht ein, ich will den Vorwurf begründen."

Dieses Ansinnen, mitten im Vortrage des Abg. Kopsch das Wort zu erhalten, wies der Vorsitzende natürlich zurück. Auf die Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, antworteten die Barthianer: sie würden ruhig sein, wenn der Vorsitzende dem Abg. Kopsch das Wort entziehe! Als Dr. Barth auf seinem Verlangen, zu sprechen, bestand, und die wiederholte Aufforderung, zu revozieren, ablehnte, forderte ihn der Vorsitzende auf, den Saal zu verlassen, was denn auch geschah.

Digitized by Google

Wenn eine Steigerung des Lärms noch möglich gewesen wäre, so trat sie jetzt ein. Die Barthianer stießen wüste Beschimpfungen gegen den Leiter der Versammlung aus, und als dieser seine Forderung, daß die Ruhestörer den Saal verlassen sollten, wiederholte, riefen die Barthianer einander zu: Demokraten raus. Es blieb aber vorläufig bei diesem Vorsatz. Die Barthianer gingen zwar bis zur Tür, blieben aber im Saale und lärmten ununterbrochen weiter.

Der Vorsitzende mußte die Versammlung auf fünf Minuten vertagen. Es schien, als ob die Barthianer nun ihre Absicht, zu gehen, ausführen wollten. Als dann aber Abg. Kopsch seine Rede fortzusetzen begann, drangen die Barthianer wiederum in den Saal und erneuerten die Lärmszenen. Abg. Kopsch ließ sich aber nicht stören, sondern setzte seine Ausführungen unter lebhaften Beifallskundgebungen fort. Er kennzeichnete den Dr. Barth von früher und den Dr. Barth von heute, die einander in ihren Ansichten vielfach direkt widersprechen. Dr. Barth habe stets nach der Einigung des Liberalismus gerufen, aber wie kein anderer auf den Liberalismus zersetzend eingewirkt. Dr. Barth hat Ende der 70er Jahre zu den Sezessionisten gehalten, die von den Nationalliberalen sich trennten und dann alsbald den Ruf nach einer Einigung mit den Freisinnigen erhoben. Diese Einigung zur Deutschfreisinnigen Partei hat Dr. Barth 1884 mitgemacht. Dr Barth aber war es dann wieder vor allen, der einen Keil in die Deutschfreisinnige Partei trieb. Als die Deutschfreisinnige Partei sich 1893 in Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung trennte, trat Dr. Barth wieder als eifrigster Herold für eine Einigung der Liberalen auf. Die Einigungsbestrebungen wurden Ende 1906 durch die Frankfurter Vereinbarungen wesentlich gefördert. Als diese Einigung aber glücklich zustande gekommen war und auf Grund der Frankfurter Vereinbarungen die liberale Fraktionsgemeinschaft im Reichstag gebildet worden war, hat niemand mehr als Dr. Barth diese Fraktionsgemeinschaft angegriffen. Er stellte sich in schroffsten Gegensatz zu den in Frieden und Freundschaft gemeinsam kämpfenden linksliberalen Parteien. Er, der Apostel der Einigungsbestrebungen, trat aus der Freisinnigen Vereinigung aus und bildete eine neue Partei. Abg. Kopsch schloß unter stürmischem, anhaltendem Beifall der Versammlung: Wir werden, wie in früherer Zeit, treu unserm Programm und treu unserer Vergangenheit unsere Pflicht tun unbeirrt durch alle Angriffe und Beschimpfungen auch von seiten der sogenannten Demokraten.

Herr Dr. **Moses** glaubte hierauf trotz der vorangegangenen Lärmszenen der Barthianer an die Anhänger der Freisinnigen Volkspartei die Mahnung richten zu sollen, daß sie in ihren Versammlungen und in der Presse den Ton in der Polemik ändern möchten. (Zuruf: „Berliner Volkszeitung!")

Stadtv. **Zobel** geißelte das widerspruchsvolle Verhalten der Barthianer. Die Barthianer forderten die Beseitigung der indirekten Steuern, Herr v. Gerlach aber hat vor kurzem in der „Welt am Montag" erklärt, es werde schwer sein, ohne neue indirekte Steuern nur mit direkten Steuern auszukommen. Die Barthianer halten das Zentrum für die größte Gefahr. Hier im selben Saale aber hat Herr Pfarrer Kötschke einem Zusammengehen mit dem Zentrum eifrig das Wort geredet. Herr Barth befürwortet ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie. Dr. Barth aber ist es gewesen, der Mitte der achtziger Jahre geschrieben hat: Sozialismus und Liberalismus sind tödliche Feinde. Alle anderen Gefahren, welche der Freiheit drohen, reichen an Gefährlichkeit nicht an die Gefahr heran, der die Freiheit von seiten des Sozialismus ausgesetzt ist. Herr Dr. Barth fordert, daß die Front im Kampf ausschließlich nach rechts gerichtet ist. Hat Dr. Barth heute

etwa den Kampf nach rechts betont? Seine Angriffe galten fast ausschließlich den Freisinnigen. (Lebhafter Beifall.)

Oberstabsarzt Dr. **Tubenthal**, der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei bei den letzten Landtagswahlen in Teltow-Beeskow, kennzeichnete die Mahnung des Herrn Dr. Moses, den Ton im politischen Kampf zu ändern. Dr. Tubenthal versicherte, daß er während des ganzen Wahlkampfes von Versammlung zu Versammlung von den Freunden des Herrn Dr. Moses verfolgt und gehetzt worden sei. Dieselben Szenen, die heute von den Barthianern hervorgerufen wurden, seien wiederholt vorgekommen, und deshalb hätten die Barthianer am wenigsten ein Recht, sich über den Ton in Versammlungen zu beklagen.

Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

Nach einem Schlußwort des Abg. Dr. **Wiemer** wurde eine vom Stadtv. Zobel vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

In dieser Resolution wird das Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten ausgesprochen. Die Versammlung setzt in die Fraktionsgemeinschaft der freisinnigen Parteien das unerschütterliche Vertrauen, daß sie bei den bevorstehenden neuen Kämpfen an ihren altbewährten liberalen Grundsätzen festhalten wird.

Nachdem die Barthianer eingesehen hatten, daß auch ohne sie die Versammlung gut besetzt blieb und ihre Störungsversuche keinen Erfolg hatten, waren sie langsam verschwunden, offenbar in dem Gefühl, daß der Abend für sie eine neue schwere Niederlage bedeutete.

Dr. Barth und das Vertrauen der Wähler.

Am 29. September wurde der „Freisinnigen Zeitung" von einem Führer der Freisinnigen im Wahlkreis Hirschberg-Schönau geschrieben:

Herr Theodor Barth bestreitet, das Vertrauen seiner alten, ihm ehemals treu ergebenen Wähler in Hirschberg-Schönau grob verscherzt zu haben. Das ist ein starkes Stück! Verblüffendere Unverfrorenheit ist mir noch nicht vorgekommen. Herrn Barth ist öffentlich und privatim, schriftlich und mündlich, in der Presse, in Vereins- und Volksversammlungen unumwunden dutzendfach das Mißtrauen der freisinnigen Wähler des Riesengebirges bekundet worden. Und heute wie vor fünfzehn Jahren ist im ganzen Wahlkreise — von den Sozialdemokraten natürlich abgesehen — auch nicht ein Mann für Barth zu finden. Fünfzehn langer, arbeitsreicher Jahre hat es bedurft, um die Wunden, die Barth hier dem Liberalismus durch einen Vertrauensbruch geschlagen, zu heilen.

Herr Barth genoß, wie wohl selten ein Abgeordneter, das unbegrenzte bedingungslose Vertrauen seiner Wähler. Je größer aber dieses Vertrauen, desto tiefer nachher die Erbitterung und desto größer die Empörung. Barth hatte 1893, daran hilft kein Drehen und Deuteln, klipp und klar versprochen, nur dann für die Militär-

vorlage zu stimmen, wenn die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werde und die durch die Militärvorlage gebotenen Mehrforderungen nicht auf die große Masse der Steuerzahler abgewälzt werde. Barth hat dieses Versprechen nicht gehalten. Er hat bedingungslos für die Vorlage gestimmt.

Wie ein Sturm der Entrüstung ging es damals durch die freisinnige Wählerschaft des Riesengebirges. Wenige Tage nach der Abstimmung im Reichstage erklärte der Verein der Freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Hirschberg-Schönau in einer Resolution:

> Der Verein der Freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Hirschberg-Schönau spricht in einer von Mitgliedern und Gesinnungsgenossen zahlreich besuchten Versammlung dem **Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Barth sein entschiedenes Mißtrauen aus, weil Herr Dr. Barth entgegen den von ihm abgegebenen Versprechungen für die Militärvorlage gestimmt hat,** obgleich weder eine dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit erfolgt, noch irgendwelche Garantien dafür geschaffen sind, daß die zur Durchführung der Militärvorlage aufzubringenden Mittel nicht den ärmeren Schichten der Bevölkerung auferlegt werden.

Wenige Tage später nahm dann auch bereits eine **öffentliche Wählerversammlung** zu dem Umfall Barths Stellung. Sie erklärte:

> Die heutige, zahlreich besuchte Wählerversammlung der Ortschaften Grunau, Straupitz und Boberröhrsdorf stellt sich bei der in der Freisinnigen Partei entstandenen Spaltung auf den Standpunkt der Freisinnigen Volkspartei und **spricht gleichzeitig dem Reichstagsabgeordneten Dr. Theodor Barth sein entschiedenes Mißtrauen aus, weil derselbe, entgegen seinen festen Versprechungen, für die Militärvorlage gestimmt,** obgleich weder eine dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit erfolgt, noch irgend welche Garantien dafür geschaffen sind, daß die zur Aufbringung der Kosten der Militärvorlage erforderlichen Lasten nicht den ärmeren Schichten der Bevölkerung auferlegt werden. Die Versammlung erwartet mit Bestimmtheit, daß Herr Dr. Barth sein Verhalten vor seinen Wählern in einer öffentlichen Versammlung rechtfertigen wird.

Das alles waren Männer, die noch wenige Wochen zuvor für Barth mit Begeisterung in den Wahlkampf gezogen waren.

Freilich wird Barth sagen, es habe sich um volksparteiliche Mache gehandelt. Gut! Hören wir, was die Organisation der **Freisinnigen Vereinigung** im Wahlkreise, der Liberale Wahlverein, zu dem Vertrauensbruche Barths sagte! In einem unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit erschienenen Bericht über eine Sitzung des Vereins am 27. Juli 1893 heißt es:

> Der Vorsitzende des Liberalen Wahlvereins, Herr Dr. Riemann, eröffnete die Versammlung, indem er einerseits sein Bedauern darüber aussprach, daß so wenig Mitglieder aus der Stadt erschienen seien, andererseits aber auch seine Freude darüber äußerte, daß die Vertretung der länd-

lichen Bezirke so zahlreich sei, handle es sich doch darum, zu erfahren, welche Stellung die Wähler zu Dr. Barths Verhalten bei der Abstimmung der Militärvorlage einnehmen. Es sei kein Zweifel, **daß Dr. Barth durch seine Abstimmung durchaus nicht im Einklang mit der großen Mehrheit seiner Wähler sei,** die ihn nur **unter der Voraussetzung gewählt** hätten, daß er **seinem Versprechen gemäß** nur dann für die Militärvorlage stimmen werde, wenn die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt und die Deckungsfrage dahin geregelt ist, daß die minderbegüterten Steuerzahler von neuen Lasten verschont bleiben. **Keines von beiden ist geschehen, und doch habe Dr. Barth für die Militärvorlage gestimmt.** Auch nicht eine Stimme im Vorstande des Liberalen Wahlvereins habe sich erhoben, um dieses Verhalten des Abgeordneten zu rechtfertigen. **Alle, wie auch aus Kundgebungen aus den Wählerkreisen hervorgeht, seien über das Verhalten des Abgeordneten für Hirschberg-Schönau überrascht und betrübt gewesen.** Es sei daher unumgänglich nötig, dem Abgeordneten Dr. Barth diese Stimmung seiner Wähler kund zu tun. Doch müsse hierfür eine Form gewählt werden, daß Dr. Barth sich nicht veranlaßt sieht, sein Mandat niederzulegen, denn eine Neuwahl sei das größte Unglück, welches den Wahlkreis treffen könnte, und würde nur den Gegnern der liberalen Sache nutzen. In demselben Sinne äußerte sich ein anderes Vorstandsmitglied, Herr Kaufmann Semper, indem er besonders betonte, daß es ihn, der mit Dr. Barth in engen persönlichen Beziehungen stand und der seit langen Jahren für die liberale Sache gewirkt habe, tief schmerze, erklären zu müssen, **daß Dr. Barth in betreff der Militärvorlage das nicht gehalten, was er versprochen.** Auch er hebe nochmals hervor, daß man vermeiden müsse, durch die Form der Kundgebung Dr. Barth zur Mandatsniederlegung zu veranlassen; eine Wiederwahl desselben sei nach der Stimmung im Wahlkreise für jetzt und die nächsten fünf Jahre kaum annehmbar. — Von den ländlichen Vertretern des Wahlkreises gaben einige der **tiefsten Mißstimmung über das Verhalten Dr. Barths Ausdruck,** die unter den ländlichen Vertretern herrsche; einer derselben erklärte, daß in seinem Dorfe wiederholt geäußert worden sei, daß man, wenn man gewußt hätte, wie es jetzt gekommen ist, lieber sozialdemokratisch gewählt hätte, und daß das Zutrauen zu Dr. Barth gewaltig gelitten habe. Andere ländliche Vertreter, ungefähr in gleicher Anzahl, sprachen vermittelnd. Darin war jedenfalls die Versammlung mit wenigen Ausnahmen einig, dem Abg. Dr. Barth kundzutun, daß man in dem Wahlkreise mit seiner Abstimmung nicht zufrieden sei. Von 55 Anwesenden stimmten 47 dafür. Nachdem noch ein Vorschlag, Dr. Barth aufzufordern, hierher zu kommen, um sich von Angesicht zu Angesicht zu verantworten, als inopportun von seiten des Vorstandes bezeichnet worden war, da dies dann jedenfalls zu einer Radauversammlung führen würde, wurde beschlossen, den Vorstand des Liberalen Wahlvereins, Herrn Dr. Riemann, zu beauftragen, dem Abg. Dr. Barth in einem Brief namens des Vereins die infolge seines Verhaltens hervorgerufene Stimmung unter den Wählern kundzutun.

Genügen Herrn Barth diese Mißtrauenskundgebungen seiner alten Wähler? Ihm stehen mehr zur Verfügung. Vielleicht aber liest Herr Barth den Brief noch einmal, der ihm damals vom Vorsitzenden des Liberalen Wahlvereins, Herrn Sanitätsrat Dr. Riemann, geschrieben worden ist. Mehr an Mißtrauen vermag man beim besten Willen einem Abgeordneten nicht auszusprechen. Freilich ist Barth von der Organisation der Freisinnigen Vereinigung in Hirschberg nicht aufgefordert worden, sein Mandat

niederzulegen, aber nur — und auch das ist ihm ausdrücklich schriftlich erklärt worden — weil man fürchtete, daß der Wahlkreis bei der damals herrschenden Stimmung der Wähler rettungslos an die Reaktion verloren gehen würde.

Herr Barth hat denn auch nie die Probe aufs Exempel gemacht. Er hat sich nie wieder im Wahlkreise blicken lassen. Ihm bangte denn doch wohl etwas um den Empfang.

Leider war damit für uns die Sache nicht abgetan. Barth hat dem Liberalismus im Riesengebirge unermeßlichen Schaden zugefügt. Sechs Monate nach seinem Vertrauensbruch gingen dem Freisinn die beiden Landtagsmandate verloren. In hellen Haufen waren Anhänger der freisinnigen Partei fahnenflüchtig geworden. Auch 1898 bei der Wahl von Bell trat das kraß in die Erscheinung. Immer und immer wieder erhoben sich in den Versammlungen alte treue Freunde des Freisinns mit der Erklärung: „Wir haben seit Barth das Vertrauen zum Freisinn verloren. Wir wählen sozialdemokratisch." Und richtig: am Wahltage war die Zahl der freisinnigen Wähler von 8039 auf 5755 gesunken, die der sozialdemokratischen aber von 1871 auf 4079 gestiegen.

Heute ist wieder aufgebaut, was Barth leichtfertig in Trümmer geschlagen. Auch die Landtagsmandate haben wir nach fünfzehnjähriger zäher Tätigkeit zurückerobert. Das Riesenkapital an Vertrauen aber, das einst Herrn Theodor Barth hier zur Verfügung stand, ist aufgezehrt bis auf den letzten Heller. Selbst die wenigen, die hier noch jahrelang für Barth mildernde Umstände geltend zu machen suchten, haben sich nun von dem politischen Verwandlungskünstler gewandt, da er — nachdem die 1893 von ihm erträumte Blockpolitik jetzt unter ungleich günstigeren Verhältnissen für den Liberalismus in Taten umgesetzt ist — wieder querköpfig die Einigungsbestrebungen der Freisinnigen zu stören versucht.

Kopsch hatte recht: Herr Dr. Barth, wo ist das Vertrauen der Hirschberger Wähler?

Das zur Steuer der Wahrheit!

* * *

Wie aber stand es 1903 in **Kiel-Neumünster?** Dr. Barth hatte diesen Wahlkreis während der Legislaturperiode 1898 bis 1903 vertreten, und er klammerte sich an ihn auch bei den Neuwahlen mit allen Kräften an. Am 10. September 1903 erschien er vor den Vertrauensmännern des Wahlkreises, um sich von ihnen eine Zustimmung zu seiner Stellung gegenüber der Sozialdemokratie zu holen und damit eine freisinnig-sozialdemokratische Kooperation für Schleswig-Holstein einzuleiten. Diese Kooperation sollte dahingehen, daß die Freisinnigen in Altona für die Sozialisten stimmen sollten, während Barth, der 1898 nur mit einer Mehrheit von 10 Stimmen gewählt worden war, annahm, die Sozialisten würden zur Belohnung dafür seine Kandidatur in Kiel unterstützen. Aber die Spekulation

Barths mißglückte. Trotzdem der bisherige Vertreter persönlich anwesend war, stimmten der zu seinen Gunsten eingebrachten Resolution nur 30 Vertrauensmänner, zumeist jüngere, unerfahrene Theoretiker, zu, während 25, darunter alle bisherigen Führer der Freisinnigen Vereinigung des Kreises, dagegen stimmten. Und wie die „Kieler Zeitung", ein Organ nicht der Freisinnigen Volkspartei, sondern der Freisinnigen Partei Schleswig-Holsteins, mitteilte, war die Abstimmung eine „rein zufällige", da von den 92 eingeladenen Vertrauensmännern mehr als ein Drittel vorzeitig die Versammlung verlassen mußte, um teils in die Heimat zurückzukehren, teils an anderen Sitzungen teilzunehmen. Das Blatt schrieb wörtlich:

„Wenn die 37 Vertrauensmänner, welche nicht bis zum Schlusse der Verhandlungen hatten bleiben können, sich an der Abstimmung beteiligt hätten, dann wäre der Antrag Hansen (gegen Barth) zur Annahme gelangt. Wir sind der Ansicht, daß die große Mehrheit der freisinnigen Wählerschaft in Stadt und Land auf dem Boden der Hansenschen Resolution steht. Es bleibt Sache der Wählerschaft in den einzelnen Wahlorten, dies zu bekunden."

Unter diesen Umständen konnte selbst ein Mann wie Dr. Barth sich nicht verhehlen, daß er das Vertrauen seiner Wählerschaft nicht mehr besitze. Deshalb ließ er in seiner „Liberalen Korrespondenz" berichten, die Zahl der Dissentierenden gegen die Zustimmungsresolution sei so groß gewesen, daß Dr. Barth sich die Entscheidung darüber vorbehielt, ober in Kiel wieder kandidieren werde. Damit war zugleich die Erklärung ausgesprochen, er würde keinesfalls die Kandidatur übernehmen, wenn sich bei näherer Prüfung herausstellen sollte, daß ein erheblicher Teil der freisinnigen Wählerschaft in der Frage des Zusammenhaltens mit der Sozialdemokratie nicht hinter ihm stehe. Das aber stellte sich gar bald heraus, und so sah sich Dr. Barth veranlaßt, zu verzichten. An seiner Stelle wurde dann einstimmig in einer Vertrauensmännerversammlung der Lehrer Wolgast als Kandidat aufgestellt, der ein Gegner der Barthschen Politik war. Leicht ist Herrn Barth der Verzicht nicht geworden. Denn, wie schon erwähnt, er suchte sich mit allen möglichen Mitteln an dem Kieler Wahlkreis festzuhalten. Die Vertrauensmännerversammlung vom 10. September war nämlich erst die Folge davon, daß der Vorstand des Liberalen Vereins in Kiel in einem Schreiben vom 5. September erklärt hatte, die grundsätzliche Billigung der Stellungnahme Dr. Barths zu der Sozialdemokratie nicht geben zu können. Gegen diesen Vorstandsbeschluß appellierte dann Dr. Barth an die Vertrauensmännerversammlung und von dieser darauf an die Wählerschaft, aber in jeder Instanz wurde er abgewiesen.

Digitized by Google

Einmal und nie wieder!

Am Dienstag, den 29. September, hat Dr. Theodor Barth im Verein der Demokratischen Vereinigung zu Schöneberg über das Vertrauen der Wähler gesprochen. Das ist gerade für ihn ein naheliegendes und überaus dankbares Thema. Denn wie kein zweiter ist er in der Lage, aus der Fülle persönlicher Erfahrungen interessantes Material zu dieser Frage beizubringen.

Dr. Theodor Barth steht im politischen Kampf seit fast einem Menschenalter. In dieser langen Zeit ist er stets eifrig bemüht gewesen, von der Parlamentstribüne herab für seine Ideen zu wirken. Aber nirgends ist es ihm gelungen, sich dauernd das Vertrauen der Wähler zu erwerben.

Als Dr. Barth bei den Reichstagswahlen von 1881 als 32jähriger Syndikus der Bremer Handelskammer zuerst ein Reichstagsmandat erlangte, rechnete er sich noch zu den aus der nationalliberalen Partei ausgetretenen Sezessionisten, welche 1879 die „Liberale Vereinigung" gebildet hatten. Als Mitglied dieser Partei gewann Dr. Barth 1881 das Reichstagsmandat für Gotha, das nach der Auflösung des Reichstags im Jahre 1878 ein Mitglied der Fortschrittspartei, Rechtsanwalt Müller-Gotha, innegehabt hatte. Müller-Gotha erzielte 1878 im ersten Wahlgang 7480 Stimmen, Dr. Barth brachte es 1881 auf 6442 Stimmen. Als es sich aber 1884 um die Wiederwahl von Dr. Barth handelte, traten für ihn nur noch 5508 Wähler ein, und in der Stichwahl fiel das Mandat, das bis dahin stets in liberalem Besitz gewesen war, dem Sozialdemokraten Bock zu.

Der Parlamentarier Dr. Barth war also obdachlos. Zum ersten Mal hatte ihn das Vertrauen der Wähler im Stiche gelassen. Inzwischen war im März 1884 die Fusion erfolgt. Die Fortschrittspartei hatte sich mit den ehemaligen nationalliberalen Sezessionisten zur Deutschfreisinnigen Partei zusammengeschlossen, und auch Dr. Barth war dieser neuen Partei beigetreten. Im September 1885 legte der freisinnige Abg. Georg v. Bunsen, der früher zu den Nationalliberalen gehört hatte, sein Reichstagsmandat für Hirschberg-Schönau nieder. Er war 1874 mit 7681 gegen 4367 Stimmen gewählt worden. In der Ersatzwahl wurde Dr. Barth mit 6057 gegen 3823 Stimmen gewählt. Wie oben ein Führer der Freisinnigen im Wahlkreis Hirschberg-Schönau überzeugend nachgewiesen hat, brachten die freisinnigen Wähler des Riesengebirges ihrem neuen Abgeordneten starkes Vertrauen entgegen. Als 1887 nach der Ablehnung des Septennatsgesetzes der Reichstag aufgelöst wurde, gewann Dr. Barth das Hirschberger Mandat von neuem. Die Zahl seiner Wähler wuchs von 6057 auf 10 586 an, weil die Hirschberger

Digitized by Google

Freisinnigen sich in diesen kritischen Tagen rückhaltlos auf die Seite Eugen Richters stellten und glaubten, daß Dr. Theodor Barth genau so denke wie dieser. Das war ein Irrtum. Denn in seinem Nekrolog nach dem Tode Eugen Richters hat Dr. Barth in der „Nation" mit Bezug auf die Haltung Eugen Richters in jenem Septennatskampfe geschrieben: Nur darin hatte Eugen Richter nicht recht, „daß er eine Frage, die in sachlicher Hinsicht wenig oder nichts bedeutete, zum Objekt eines politischen Kampfes auf Leben und Tod werden ließ. Daß ein Politiker gelegentlich, um das gesamte Schiff zu retten, einen Teil der Ladung über Bord werfen muß, das wollte ihm nicht einleuchten." Auch 1890 wurde Dr. Barth in Hirschberg mit 9325 Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt. Bei den Reichstagswahlen von 1893, nachdem er noch wieder mit 8039 Stimmen das Mandat erlangt hatte, verscherzte er aber das Vertrauen der Hirschberger Wähler so gründlich, daß er fünf Jahre lang, während der ganzen Dauer der Legislaturperiode, nicht ein einziges Mal sich im Wahlkreise sehen lassen konnte und an seine Wiederaufstellung gar nicht zu denken war. Seine bedingungslose Zustimmung zur Militärvorlage von 1893 nach dem feierlichen Versprechen, nur nach gesetzlicher Festlegung der zweijährigen Dienstzeit zuzustimmen, raubte nicht nur Dr. Barth, sondern auch der Freisinnigen Volkspartei, obgleich Dr. Barth nicht zu ihr gehörte, sondern sich 1893 bei der Spaltung der Deutschfreisinnigen Partei der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen hatte, bei einem großen Teil der Wähler des Riesengebirges das Vertrauen: Abg. Bleil wurde als Vertreter der Freisinnigen Volkspartei 1898 zwar in der Stichwahl gewählt. Er vereinigte im ersten Wahlgang aber nur 5755 Stimmen auf sich.

Der abermals obdachlos gewordene Dr. Barth appellierte bei den Reichstagswahlen von 1898 an das Vertrauen der Wähler in Rostock-Doberan, in einem altliberalen Wahlkreise, den 1893 zum ersten Male die Konservativen mit dem späteren Kolonialdirektor v. Buchka gewonnen hatten. Dr. Barth kam aber in Rostock nur in die Stichwahl; in dieser unterlag er dem Sozialdemokraten Herzfeld.

Nach dieser neuen Enttäuschung bot sich ihm nach dem Tode von Georg v. Siemens im Jahre 1901 Gelegenheit, in Schweinitz-Wittenberg ein Reichstagsmandat zu erlangen. Nach Ablauf der Legislaturperiode aber wurde in Schweinitz-Wittenberg nicht etwa wieder Dr. Barth aufgestellt, sondern er räumte seinem gemäßigteren Parteifreunde Dove das Feld, der denn auch dort gewählt wurde.

Dr. Barth mußte also bei den Reichstagswahlen von 1903 abermals in einem neuen Wahlkreise sein Heil versuchen. Er wandte sich nach Pommern, wo im Wahlkreis Kolberg-Köslin ein alter Stamm liberaler Wähler vorhanden ist. Seine Absicht, diesen Wahlkreis den Konservativen abzunehmen, war durchaus zu billigen, und es ist bedauerlich, daß er infolge gröblicher Wahlbeeinflussungen in der Stichwahl dem konservativen Abg. Malkewitz unterlag. Bei den Wahlen von 1903 erhielt Dr. Barth in Kolberg-Köslin

8239 Stimmen. Bei den jüngsten Reichstagswahlen im Januar 1907 stimmten hier 7263 Wähler für ihn, und der konservative Abg. Malkewitz wurde schon im ersten Wahlgang wiedergewählt.

Derart hat Dr. Barth in Thüringen, in Schlesien, in Mecklenburg, in der Provinz Sachsen und in Pommern bei den Reichstagswahlen sein Glück versucht; aber in keinem Wahlkreis hat er festen Boden gefaßt. Auch bei den Landtagswahlen hat ihn das Vertrauen der Wähler im Stich gelassen. 1898 wurde er in Kiel, einer Hochburg der Freisinnigen in Schleswig-Holstein, in das Abgeordnetenhaus gewählt. Als es sich aber 1903 um seine Wiederwahl handelte, ließen ihm seine Vertrauensmänner keinen Zweifel darüber, daß sie als Mann ihres Vertrauens einen andern in das Parlament zu schicken gedächten. Seitdem hat Dr. Barth nicht ernsthaft mehr den Versuch gemacht, ein Landtagsmandat zu gewinnen. Sowohl 1903 wie auch bei den jüngsten Landtagswahlen sind zwar Verhandlungen eingeleitet worden, um ihm in einem sicheren Wahlkreise ein Mandat zu verschaffen. Aber es ist bei den Vorverhandlungen geblieben.

Als Eugen Richter zuerst in das Parlament eintrat, wurde ihm scherzend von einem Freunde prophezeit, daß er in keinem Wahlkreise öfter als einmal gewählt werden würde. Diese neckische Voraussage ist von Eugen Richter und seinen Hagener Wählern gründlich Lügen gestraft worden. Mehr als dreißig Jahre lang, von 1874 bis zu seinem allzu frühen Tode, sind Eugen Richter und seine Hagener Wähler in gegenseitigem unerschütterlichem Vertrauen auf das engste verbunden geblieben: „Treue um Treue," hüben wie drüben. Auf Dr. Barth dagegen trifft wirklich jenes Wort zu: Abgesehen von Hirschberg-Schönau, wo er freilich das Vertrauen der Wähler sich gleichfalls gründlich verscherzt hat, haben überall seine Wähler, die ihn einmal in das Parlament geschickt haben, nach Ablauf der Legislaturperiode gedacht: Einmal und nie wieder!

Dr. Barth als Stadtverordneter.

Dr. Theodor Barth ist auch einmal Stadtverordneter in Berlin gewesen. Bei diesem Intermezzo ist es aber seinen kommunalen Wählern genau so ergangen, wie den Freisinnigen, die ihm ein Mandat für den Reichstag und den Landtag verschafft haben; sie sagten sich: Einmal und nie wieder! Die „Freisinnige Zeitung" berichtet darüber:

Dr. Barth wurde am 20. Mai 1890 in der Friedrichstadt, im 3. Wahlbezirk der 2. Abteilung, zum Stadtverordneten von Berlin gewählt. Er trat der Fraktion der Linken, der sogenannten Bergpartei bei, in der u. a. Rudolf Virchow, Paul Langerhans neben Alexander Meyer, Büchtemann, Stryk u. a. wirkten. Da Dr. Barth unter diesen Persönlichkeiten nicht genügend zur Geltung kam, so trennte er sich von ihnen und veranlaßte die Gründung

einer neuen Fraktion, der „Fraktion der neuen Linken“. Natürlich wurde Barth deren Vorsitzender. Am 17. Oktober 1892 hielt Barth vor seinen Wählern einen Vortrag. Er sprach sich gegen die Militärvorlage aus, weil die Kosten für die Erhöhung der Präsenzstärke „unerschwinglich und vor allem durch die internationalen Beziehungen nicht begründet seien“. Barth erntete den Beifall seiner Wähler, die aber dann um so enttäuschter waren, als Herr Barth später für die Militärvorlage stimmte. Nunmehr brachte Stadtv. Dinse diese und andere Dinge in der Fraktion der Neuen Linken zur Sprache, und da auch die Wähler Herrn Barth nicht im Zweifel darüber ließen, daß sie ihn zum zweiten Male nicht wiederwählen würden, legte er sein Amt als Vorsitzender der Fraktion nieder und schied am 27. August 1893 aus der Stadtverordneten-Versammlung, obgleich sein Mandat erst zwei Jahre später ablief.

Dr. Barths Rechtfertigungsversuch in Schöneberg.

Den Eindruck seiner Niederlagen suchte Dr. Barth in einer von seinen Freunden für Dienstag, den 29. September, einberufenen Versammlung zu verwischen. Ein Teilnehmer an dieser Versammlung schrieb der „Freisinnigen Zeitung“:

Die pomphafte Ankündigung der Barthianer, in der Versammlung würde eine Zurückweisung der „verleumderischen“ Angriffe des Abg. Kopsch gegen Dr. Barth erfolgen, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Versammlungslokal war stark gefüllt, jedoch befanden sich unter den Besuchern auch zahlreiche Gegner der Demokratischen Vereinigung. Die Versammlung des Herrn Dr. Barth übertraf noch ihre Vorgänger, die doch auch schon etwas Bedeutendes geliefert hatten, an wüster Demagogie und Roheit des Tones, was ein Mitglied des Waldeck-Vereins veranlaßte, sich auf eine Richtigstellung zu beschränken und hinzuzufügen, daß er anläßlich der von den Rednern der Demokratischen Vereinigung beliebten Tonart auf weitere Darlegungen verzichten müsse. Die „vornehme“ Kampfesart des Herrn Dr. Theodor Barth dokumentierte sich in Ausdrücken, wie „die Verlogenheit der „Freisinnigen Zeitung“, „diese elenden Geister“, „halbgebildeter Agitator“, „Maschinenpolitiker“, „krähwinkliger Philister“ und anderen Schimpfereien mehr.

Aber die Hauptsache! Wie rechtfertigte sich Dr. Barth gegenüber der Behauptung, er hätte das Vertrauen seiner Wähler in Hirschberg-Schönau und Kiel verloren. Herr Dr. Barth mußte zugeben, den Wählern in Hirschberg-Schönau die Versicherung gegeben zu haben, für die Militärvorlage nur dann stimmen zu wollen, wenn die Regierung die dauernde Festlegung der zweijährigen Dienstzeit gesetzlich bewilligt. Er mußte auch zugeben, für die Militärvorlage gestimmt zu haben, „ohne daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt war“. Der „rückgratfeste“ Dr. Barth entschuldigte sich damit, daß der Reichskanzler Caprivi im Reichstage versprochen habe, die zweijährige Dienstzeit einführen zu wollen, und weiter gab Dr. Barth seinem naiven Erstaunen Ausdruck, wie man ihm heute noch sein damaliges Verhalten vorwerfen könne. Die weitere Entwicklung schilderte Dr. Barth sodann, er habe 1893 nach der Abstimmung im Reichstage sofort an Stadtrat Riemann telegraphiert, es müsse Klarheit geschaffen werden, er sei bereit zu kommen, um sich mit den Wählern auseinander zu setzen, und stelle er auch sein Mandat zur Verfügung. Im Wahlkreise fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, als deren Resultat ein Brief des Herrn Riemann anzusehen ist. Aus diesem Briefe verlas Herr Dr. Barth einige Sätze, die seine

bisherigen Verdienste anerkannten, er unterließ es aber wohlweislich, den Brief vollständig zur Verlesung zu bringen. Ueber die Kieler Vorgänge sprach sich Herr Dr. Barth renommierend dahin aus, er hätte nur mit dem kleinen Finger zu winken brauchen und alle Wähler würden für ihn eingetreten sein.

Aus der Debatte ist zu erwähnen, daß Herr Rechtsanwalt Engel sagte, die Demokraten hätten, was bedauernswert sei, die Wahl des Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Reinbacher in Schöneberg-Rixdorf bei den Landtagswahlen unter allen Umständen verhindern wollen und sich deshalb den Sozialdemokraten als Wahlmänner zur Verfügung gestellt. Dieser Mitteilung wurde aus der Versammlung und von seiten der anwesenden Führer der Demokratischen Vereinigung nicht widersprochen. Ja noch mehr, Herr Dr. Breitscheid, der sich in beleidigenden Angriffen gegen den Abg. Kopsch hervortat, bestätigte das, was Herr Engel gesagt hatte, als richtig. Breitscheid bezeichnete es auch als einen Stolz der Demokratischen Vereinigung, daß diese dazu beigetragen habe, dem Freisinn in Berlin eine Schlappe zu bereiten." Ein Student aus Hirschberg stellte fest, daß die Behauptungen des Abg. Kopsch, Herr Barth habe das Vertrauen der Wähler in Hirschberg-Schönau im Jahre 1893 verloren, vollständig richtig sind. Dr. Barth hielt es für angebracht, höhnend auf die Jugend des Vorredners hinzuweisen, der seine Weisheit nur aus dem „verlogenen Blatt" der Zimmerstraße geschöpft haben könne. Schließlich erzählte Dr. Moses längst richtig gestellte „olle Kamellen" aus jahrelang zurückliegenden Wahlkämpfen.

Widersprüche über Widersprüche.

Herr v. Gerlach tritt in der „Welt am Montag" vom 12. Oktober eifrig für die Einführung von Ersparnissen im Reichshaushalt ein. Er schreibt: „Gespart werden kann natürlich, wenn man nur will. Am richtigen Ende muß man es anfangen. Bei Heer und Marine muß man einsetzen." Gewaltige Ersparnisse seien im Heere möglich. Die Wurzel des Uebels aber sei die übermäßige Präsenzstärke. Diese Forderungen sind aus Kreisen der Freisinnigen Volkspartei seit vielen Jahren erhoben worden. Eigenartig klingen sie aber im Munde des Herrn v. Gerlach, der mit anderen Parteifreunden, als im Jahre 1900 eine Verdoppelung der Flotte von der Regierung gefordert wurde, im Sinne dieser Forderungen als Agitator von Ort zu Ort gezogen ist. Wenn Eugen Richter gegen die übermäßige Präsenzstärke des Heeres kämpfte, wurde ihm von Herrn Dr. Barth zum Vorwurf gemacht, daß er Quantitätsfragen viel zu große Bedeutung beilege. Das ist ja aber überhaupt das Charakteristische in der Kampfesweise der Barth-Demokraten, nicht erst von heute, daß sie einander und auch sich selbst in ihren Ansichten schnurstracks widersprechen. In den Kreisen der Barthianer liebt man es, den Freisinnigen, und nicht bloß diesen, sondern auch Männern wie Payer und Konrad Haußmann Verrat an ihren Grundsätzen vorzuwerfen. Als Dr. Barth während der Kämpfe um den Zolltarif einen ähnlichen Vorwurf gegen Eugen Richter erhob, antwortete ihm dieser in der Reichstagssitzung vom 1. Dezember 1902: „Im Sommer 1897 erklärte

Dr. Barth in der „Nation“ die gesetzliche Festlegung eines Flottenplans als eine absurde Uebertragung des Fideikommißgedankens auf die Marine. Unmittelbar darauf trat er für diesen „absurden“ Gedanken hier im Flottengesetz warm ein, nachdem er auf dem Parteitag in Neumünster erklärt hatte. daß er resolut alle alten Parteivorurteile von sich geworfen hätte.“

Schwere Verdächtigungen sind in Versammlungen der Barthianer und in ihrer Presse gegen freisinnige Abgeordnete gerichtet worden, die in der preußischen Wahlrechtsfrage sich gegen die Alles- oder Nichts-Theorie gewandt haben. Dabei hat gerade Dr. Barth Anfang Dezember v. J. im Liberalen Verein für Schöneberg erklärt: Für die Theorie: Alles oder Nichts könne er sich nicht erwärmen; allerdings dürften sich die Freisinnigen auf wertlose Teilzahlungen nicht einlassen; wenn ihnen aber anstatt des Ganzen vielleicht nur die gesetzliche Einführung der geheimen Wahl gewährleistet werde, so sei es taktisch klug, die Gelegenheit zu benutzen und sich zunächst diesen Wahlmodus zu sichern; könne man nicht das Ganze erlangen, so müsse man beim Sturm auf die Zwingburg wenigstens einige wichtige Außenposten in Besitz zu nehmen suchen.

Heute versichert Dr. Barth, daß die Zukunft des Liberalismus abhängt von seiner Bereitwilligkeit, nicht bloß bei den Wahlen, sondern auch im Parlament gemeinsam mit der Sozialdemokratie vorzugehen. Zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie noch bei weitem nicht die Macht hatte, wie gegenwärtig, vertrat er nachdrücklich die Auffassung: „Sozialismus und Liberalismus sind tödliche Feinde. Alle anderen Gefahren, welche der Freiheit drohen, reichen an Gefährlichkeit nicht an die Gefahr heran, der die Freiheit von seiten des Sozialismus ausgesetzt ist.“*) Aber als der Anwalt der deutschen Genossenschaften, Dr. Crüger, im Interesse der von der Sozialdemokratie bedrohten Genossenschaften eine reinliche Scheidung innerhalb des Genossenschaftsverbandes vornahm, und die Gedanken von Schulze-Delitzsch wieder in vollster Reinheit in den Genossenschaften zur Geltung brachte, fiel Dr. Barth in der „Nation“ seinem bisherigen Freunde in diesem schweren Kampf in den Rücken.

Noch widerspruchsvoller als das Verhalten von Dr. Barth ist das Vorgehen des politischen Verwandlungskünstlers

*) Mit diesen Worten schließt Dr. Barth seine 1884 in Heft 41-42 der „Volkswirtschaftlichen Streitfragen“ bei Leonhard Simion in Berlin erschienenen Betrachtungen „über die charakteristischen Züge des heutigen Staatssozialismus“, die er mit der Bemerkung einleitet, daß der Aufsatz im wesentlichen einem von ihm am 30. November 1883 in Magdeburg gehaltenen Vortrage entspricht.

v. Gerlach, der nacheinander, und zum Teil gleichzeitig, Mitglied der konservativen Partei, der christlich-sozialen Stoeckergemeinde, des Bundes der Landwirte, der national-sozialen Partei und der Freisinnigen Vereinigung war, und als er der Demokratischen Vereinigung des Herrn Dr. Barth sich anschloß, stolz versicherte: Ich bleibe der Alte! In der „Welt am Montag" vom 10. August 1908 schrieb er: „Es wird schwer sein, nur mit direkten Steuern auszukommen. An Alkohol und Tabak, an sich guten Steuerobjekten, wird man nicht ganz vorübergehen können. Es ist auch weder illiberal noch unsozial, Tabak und Alkohol zu besteuern. Aber eine Dummheit ersten Ranges wäre es, wenn die Liberalen auch nur einen Pfennig in direkter Steuer ohne Kompensationen auf anderen Gebieten bewilligten." Das offizielle Organ der Barthianer aber, die „Berliner Volkszeitung", wies am 12. September in ihrer Morgenausgabe eine Mehrbelastung des Tabaks mit der Erklärung zurück: „Nein und abermals nein. Die Branche kann nicht mehr bluten. Sie ringt ohnehin schon schwer. Auch die geringste Belastung bringt unabsehbares Elend."

In einer sozialliberalen Versammlung in Moabit wurde Mitte Juni 1908 von einem christlich-sozialen Arbeiter namens Kluge erklärt, Herr v. Gerlach habe, als er noch zur christlich-sozialen Partei sich rechnete, beantragt, die Aufhebung der Juden-Emanzipationen in das Programm aufzunehmen. Heute möchte Herr v. Gerlach diesen Antisemitismus verschleiern. Heute spielt er sich auf den Demokraten hinaus, derselbe Herr von Gerlach, dem in der sozial-liberalen Versammlung in Moabit von dem christlich-sozialen Arbeiter vorgehalten wurde, er (Kluge) selbst habe es erlebt, wie Herr v. Gerlach über die Demokraten von 1848 ausgespieen habe.

Dem Herrn v. Gerlach reiht sich der frühere Pastor Kötzschke würdig an. Während Herr v. Gerlach energisch für gewaltige Ersparnisse in Heer und Flotte eintritt, ist Pastor Kötzschke sogar Mitglied des Alldeutschen Verbandes, der in seinen Forderungen für die Flotte selbst dem Flottenverein den Rang abzulaufen bestrebt ist. Derselbe Herr Kötzschke hat es fertig gebracht, im April in der Generalversammlung des Sozialliberalen Vereins in Berlin zu erklären: Nachdem unser Plan des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie gescheitert ist, bleibt uns kein anderer Weg, als einen neuen Block mit dem Zentrum zu bilden.

Diese Beispiele genügen, um den Wert der Versicherung in dem Aufruf zu kennzeichnen, mit dem die Demokratische Vereinigung des Herrn Dr. Barth Mitglieder wirbt: Die Demokratische Vereinigung werde es sich zur Aufgabe machen, auf allen Gebieten des staatlichen Lebens unzweideutige Politik zu treiben.

Digitized by Google

Unberechtigte Vorwürfe.

In der Agitation gegen die Freisinnige Volkspartei erheben die **Barth-Demokraten** nach sozialdemokratischem Rezept unberechtigte Vorwürfe und wiederholen sie fortgesetzt, ohne sich an Richtigstellungen zu kehren. Dafür nur zwei Beispiele: Reichstagsabg. **Dr. Mugdan** schrieb der „Freisinnigen Zeitung" am 8. Juli 1908:

„In dem „Berliner Tageblatt" 1908 Nr. 337 vom 5. Juli beschäftigt sich Herr Ludwig Sochaczewer auch mit meiner Person. Er schreibt wörtlich: „Aber seitdem es uns Herr Dr. Mugdan verraten, wissen wir ja, daß es **„alte" und „neue" Grundsätze** innerhalb des Freisinns gibt."

Was ist die Wahrheit?

In der 151. Sitzung des Reichstages am 6. Mai 1908 habe ich nach dem unkorrigierten amtlichen Stenogramm gesagt: „Nun hat der Herr Abgeordnete Fischer zuletzt noch die Worte an uns gerichtet, die Sozialdemokratie würde mit uns zusammengehen, wenn wir noch unsere Grundsätze von früher hätten. Herrgott (Heiterkeit) als wir noch die „früheren" Grundsätze hatten nach Ihrer Ansicht, ist die Sozialdemokratie ebenso über uns hergefallen, wie gegenwärtig. Wenn die Schimpfworte etwas gröber geworden sind, so liegt das daran, daß sich überhaupt der Ton der sozialdemokratischen Partei verschlechtert hat."

Tatsächlich ist es mir also gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß die Freisinnige Volkspartei andere Grundsätze jetzt habe wie früher, sondern ich habe im Gegenteil den Vorwurf der Sozialdemokratie, daß die Freisinnige Volkspartei ihre Grundsätze verändert habe, zurückgewiesen und habe außerdem noch der Sozialdemokratie die Ausflucht genommen, daß sie zu irgendeiner Zeit die freisinnige Partei nicht auf das heftigste bekämpft habe. Offenbar ist diese Feststellung den Genossen recht unangenehm gewesen: und so hat der „Vorwärts" aus den oben zitierten Sätzen einfach den einzigen Satz gemacht: „Als wir unsere früheren Grundsätze noch hatten, sind die Sozialdemokraten ja auch nicht mit uns zusammengegangen."

Bei den Landtagswahlen in **Nieder-Barnim** ist bekanntlich der freisinnige Abg. Dr. Schepp zusammen mit einem Konservativen und einem Freikonservativen gewählt worden. Bis dahin war dieser Wahlkreis vertreten durch zwei Konservative und einen Freikonservativen. Diese konservativen Abgeordneten wurden bei den Wahlen von 1903 mit 719 gegen 316 liberale und 327 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Vor den Landtagswahlen von 1908 boten die Konservativen freiwillig der Freisinnigen Volkspartei eines der drei Mandate an. In der Ueberzeugung, daß es besser sei, wenn ein Wahlkreis statt durch drei Konservative durch zwei Konservative und einen Freisinnigen vertreten sei, wiesen die freisinnigen Organisationen im Wahlkreise dieses Anerbieten nicht zurück. Der Freisinnigen Volkspartei werden deshalb heftige Vorwürfe von Dr. Barth und den Barthianern gemacht. Dabei muß berücksichtigt werden, daß, als Herr Dr. Barth noch Mitglied des Abgeordnetenhauses war, Fraktionskollegen von ihm aus der Freisinnigen Vereinigung gleichfalls zusammen

mit Konservativen als Kompromißkandidaten gewählt worden sind. Auch bei den jüngsten Landtagswahlen wurden von den acht Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung nicht weniger als vier zusammen mit Konservativen gewählt, nämlich 1. der Abg. Ernst in Samter-Birnbaum zusammen mit dem Deutschkonservativen Rittergutsbesitzer v. Blanckenburg; 2. der Abg. Kuhr in Posen-Land zusammen mit dem Deutschkonservativen Landrat v. Tilly; 3. der Abg. Peltasohn in Mogilno-Znin-Wongrowitz zusammen mit dem seinerzeit gemaßregelten Landrat Dr. Wolff-Gorki; 4. der Abg. Wolff-Lissa für Fraustadt-Lissa zusammen mit dem Freikonservativen Rittergutsbesitzer Reinecke-Gußwitz.

Trotz dieser Kompromisse zwischen der Freisinnigen Vereinigung und den Deutschkonservativen richtet auch das der Freisinnigen Vereinigung nahestehende „Berliner Tageblatt" wegen der Vorgänge in Nieder-Barnim heftige Vorwürfe gegen die Freisinnige Volkspartei. Dasselbe „Berliner Tageblatt" aber veröffentlichte am Sonntag, den 27. September ohne ein Wort des Widerspruchs einen Artikel über **„Die Landtagswahl in Anhalt"**, der dem Blatt von dem Führer der Freisinnigen Vereinigung in Dessau, Rechtsanwalt Dr. Cohn, übersandt worden ist. Darin heißt es mit Bezug auf die am 3. Oktober in Anhalt stattfindenden Landtagswahlen:

„Die Freisinnigen in Anhalt haben bei den bevorstehenden Landtagswahlen, genau so wie bei denen von 1902 nur das eine Prinzip: möglichst viele Mandate für sich zu gewinnen, um ihre Ansicht mit möglichstem Erfolge zur Geltung bringen zu können."

Weiter schreibt Herr Rechtsanwalt Dr. Cohn in Dessau wörtlich:

„Bei den jetzigen Wahlen boten die rechtsstehenden Parteien dem Freisinn fünf Mandate an, davon zwei in Dessau, eins in Zerbst, eins in Köthen und eins in Güsten-Nienburg-Sandersleben. Der Freisinn hatte nicht den geringsten Grund, dieses Anerbieten abzulehnen. Einmal ist der Reichstagswahlkampf bei uns lediglich gegen die Sozialdemokratie zu führen. Die Wähler auf dem platten Lande für ein Bündnis mit den Sozialdemokraten zu gewinnen suchen, heißt den Reichstagswahlkreis den Sozialdemokraten ausliefern . . . Die Wähler wollen hier aber auch nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen . . . In Dessau und Zerbst würde der Versuch einiger Führer, den Freisinn der Sozialdemokratie zuzuführen, mit der Zertrümmerung der Partei gleichbedeutend sein . . . Die Sozialdemokratie, die leichten Herzens die Städte Danzig und Breslau und viele westfälische, rheinische und bayrische Reichstagswahlkreise den Konservativen und dem Zentrum ausgeliefert hat, hat kein Recht zu klagen, wenn der Freisinn für sich allein kämpft."

So schreibt ein Führer der Freisinnigen Vereinigung, der dem Vorstand dieser Partei angehört, und das „Berliner Tageblatt" druckte es ab. Inwiefern unterscheidet sich das Vorgehen der Freisinnigen in Niederbarnim von der Taktik, die für Anhalt von Dr. Cohn empfohlen ist?

Digitized by Google

Abfall von den fortschrittlichen Grundsätzen

wird von der Barth-Presse mit Vorliebe den freisinnigen Abgeordneten vorgeworfen, die sich nicht für die Alles- oder Nichts-Theorie begeistern und auch einen kleinen Fortschritt nicht ablehnen, wenn ein großer ausgeschlossen ist. Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß auch die großen Führer der Fortschrittspartei dem Abschluß von Kompromissen unter Zurückstellung eines Teils ihrer Forderungen keineswegs abgeneigt waren, wenn dadurch ein wirklicher Fortschritt in der Gesetzgebung erreicht werden konnte. So erklärte Rudolf Virchow im Jahre 1879 auf dem ersten Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei in Berlin:

„In den Parlamenten soll etwas für das Volk gewonnen, nicht bloße Thesen ausgesprochen werden. Um praktische Erfolge zu erzielen, kann man nicht mit einem unbestimmten Radikalismus arbeiten."

Bemerkenswert ist, daß Virchow diese Worte sprach in der Zurückweisung des Vorwurfs, er und die Partei ließen Waldecks Grundsätze im Stich. Daß Virchow von der Theorie „Alles oder Nichts" nichts wissen wollte, bekundete er auch am 20. November 1872, als er im Abgeordnetenhause bei der Beratung der Kreisordnung erklärte:

„Ich vertrete Grundsätze, nach denen ich mein ganzes Leben lang gehandelt habe. Dann kann man, meine Herren, wenn man sieht, daß man irgend einen Grundsatz nicht ganz durchbringen kann, sich unter Umständen mit einem Kompromiß begnügen. Denn das kann niemand verlangen, daß das Prinzip in jedem Augenblick gleich voll verwirklicht wird."

Bei derselben Gelegenheit erklärte Rudolf Virchow auch: „Wir erachten es für unsere Pflicht, dahin zu wirken, daß wir aus dem gegenwärtigen Zustande herauskommen. Wir wollen unsererseits alle Hand mit anlegen, wenn auch nicht einmal annähernd das erreicht wird, was wir wünschen."

Die Preisgabe grundsätzlicher Anschauungen

wird besonders den Führern der Freisinnigen Volkspartei von den Barth-Demokraten vorgehalten, obwohl die Anhänger der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei innerhalb der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft mit der Freisinnigen Volkspartei im Parlament durchaus einheitlich vorgehen. Dieselben Vorwürfe, die gegen die Führer der Freisinnigen Volkspartei gerichtet werden, treffen also auch die Abgeordneten Schrader, Naumann, Mommsen, Payer, Haußmann. Das gilt auch für das Verhalten der Freisinnigen in der Berliner Stadtverwaltung. Hier lieben es die Barth-Demokraten, wegwerfend vom „Berliner

Kommunalfreisinn" zu sprechen. Sie verschweigen dabei aber, daß ihre langjährigen Parteigenossen Mommsen und Dove zu den Führern des „Kommunalfreisinns" gehören und für die Haltung der Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit verantwortlich sind.

Die Führer der drei linksliberalen Parteien haben alsbald nach den letzten Reichstagswahlen im neuen Reichstag am 27. Februar 1907 erklärt, daß sie nicht daran denken, der Blockpolitik zu Liebe irgendwie ihre grundsätzlichen Anschauungen preiszugeben.

Abg. Dr. **Wiemer** erklärte:

„Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß wir es für unsere Aufgabe halten, nach dem Wahlkampf erst recht die Forderungen und Anschauungen des entschiedenen Liberalismus hier im Reichstage zur Geltung zu bringen. Wir haben im Wahlkampf keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir, auch wenn wir in dieser einen Frage auf der Seite der Regierung stehen, doch nicht gewillt sind, von unseren grundsätzlichen Anschauungen irgendetwas preiszugeben. Ich glaube auch, die Erfolge, die wir erzielt haben, sind gerade darauf zurückzuführen, daß in der Wählerschaft, und insbesondere in der linksstehenden, das Vertrauen vorhanden war, daß wir auch für die Folge unseren Anschauungen getreu hier im Reichstage wirken werden."

Ebenso erklärte der Abg. **Schrader** von der Freisinnigen Vereinigung: „Wir bleiben das, was wir gewesen sind."

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. **Payer**, betonte:

„Sie werden doch wohl nicht der Meinung sein, daß wir, weil das Schlagwort der konservativ-liberalen Paarung durch die Welt gegangen ist, jetzt unsere Programme und unsere Bestrebungen einpacken und uns begnügen werden, die Geschäfte der Rechten zu besorgen."

In gleichem Sinne erklärte Abg. **Reinhardt Schmidt-Elberfeld** im September 1907 auf dem VII. Allgemeinen Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Berlin: „Von einer Preisgabe grundlegender liberaler Forderungen kann nicht die Rede sein." Abg. Schmidt-Elberfeld betonte vielmehr gerade „die Notwendigkeit, dem politischen Rückschritt und allen die Allgemeinheit schädigenden Standes- und Interessenvertretungen nach wie vor energisch zu widerstreben."

Gegen die Friedensstörer.

Das Treiben der Barth-Demokraten richtet sich nicht nur gegen die Freisinnige Volkspartei, sondern gegen die ganze linksliberale Fraktionsgemeinschaft. Nach schweren Mühen ist es gelungen, die linksliberalen Gruppen zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Die Fraktionsgemeinschaften im Reichstag wie im Landtag haben sich bewährt, der „Block der Liberalen" hat in heißen Kämpfen seine Festigkeit bewiesen, und die Freisinnige Volkspartei

wie die Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volkspartei sind einig in dem Bestreben, die Fraktionsgemeinschaft zu erhalten und auszubauen. Aber Dr. Barth und seine Anhänger, die sich früher als begeisterte Vorkämpfer der liberalen Einigung aufspielten, sind eifrig an der Arbeit, die Einigkeit zu stören und Unfrieden in die liberalen Reihen hineinzutragen. Im Freisinnigen Verein „Moabit" hat Abg. Fischbeck in einem Vortrag über „Blockpolitik und Reaktion" am 2. Oktober ausgesprochen, daß die Freisinnigen die Blockpolitik nicht unterstützen werden, wenn ihre Forderungen nicht Entgegenkommen finden: Tun die anderen Parteien das und ist die Reichsregierung bereit, einen solchen Weg zu gehen, so werden wir mitarbeiten, mag man das Blockpolitik nennen oder nicht. Entgegengesetzten Falles werden wir keine Bedenken tragen, der Blockpolitik den Rücken zu kehren und in entschiedener Opposition die Interessen des Volkes zu vertreten.

Abg. Fischbeck erklärte ferner:

„Wir hegen die Zuversicht, daß ein anderer Block diese Periode des politischen Kampfes überstehen wird, das ist die Gemeinschaft der entschieden liberalen Parteien. Von gewisser Seite ist in den letzten Tagen und Wochen in Berlin der Versuch gemacht worden, die Politik, wie sie die entschieden Liberalen in den letzten 1¾ Jahren getrieben haben, als ein Verschulden einiger weniger Personen „aus der Zimmerstraße" hinzustellen. Den Herren, welche solche Angriffe erheben, mag es ja aus persönlichen Gründen angenehmer sein, ihre Angriffe gegen einzelne bestimmte Personen zu richten. Die Wahrheit aber ist, daß jene Politik getragen worden ist von dem übereinstimmenden Willen der Mitglieder der liberalen Fraktionsgemeinschaft, daß daran nicht nur beteiligt waren die Führer unserer engeren Freisinnigen Volkspartei, sondern auch die übrigen Richtungen, die unter Führung von Männern, wie Payer und Schrader stehen. Die freisinnigen Wähler im Lande haben die Politik der Fraktionsgemeinschaft bisher gebilligt, und wir rechnen darauf, daß auch in der Folge dies Vertrauen erhalten bleiben wird. Sicher ist es leichter, Opposition zu treiben und sich in erregten Volksversammlungen den Nimbus der unentwegten Prinzipienreiterei zu verschaffen, als in positiver Betätigung mitzuarbeiten. Wir haben als Abgeordnete das Verantwortungsgefühl in uns, daß wir nicht unserer eigenen Person, sondern einer großen gemeinsamen Sache wegen Politik zu treiben haben, und wir werden uns bemühen, bei unserem politischen Handeln für das deutsche Volk Fortschritte zu erzielen."

Im gleichen Sinne ist Abg. Kopsch für die Aufrechterhaltung der Fraktionsgemeinschaft und das gemeinsame Wirken der entschieden liberalen Parteien in einer Versammlung des Bezirksvereins der südlichen Friedrichstadt am 19. Oktober mit Nachdruck eingetreten. Er nahm dabei die Gelegenheit wahr, auf die gegen ihn gerichteten persönlichen Angriffe zu antworten und die Notwendigkeit sachlicher Kampfesweise zu betonen. Abg. Kopsch führte u. a. aus:

Wir werden festhalten an der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft und sind uns dabei bewußt, daß wir im Sinne Eugen Richters handeln. Er hat uns gelehrt, daß auf dem engen Raume zwischen Rechts und Links nur eine Freisinnige Partei Platz hat für ein

erfolgreiches Wirken. Er hat uns aber auch gesagt, daß eine kleine Partei nur stark ist, wenn sie in sich selbst einig ist. Deshalb müssen wir uns wenden gegen alle diejenigen, die als Zerstärer des Liberalismus auftreten und Unfrieden in seine Reihen zu tragen bemüht sind; deshalb nehmen wir den Kampf gegen Dr. Barth und seine Genossen mit derselben Entschiedenheit auf, wie es Eugen Richter tun mußte. Wir werden aber auch festhalten an unserer Kampfesweise. Die Partei ist nicht Selbstzweck, sie ist Mittel zum Zweck. Nicht der ist der beste Kämpfer, der mit der Faust auf den Tisch schlägt, der die schärfsten Worte gebraucht, sondern der, der in ruhiger sachlicher Weise sich bemüht, den Andersdenkenden von der Güte seiner Gründe zu überzeugen. In dieser Art führen wir den Kampf nach zwei Seiten. Was tun aber die Herren um Barth? Man hörte bisher nichts von einem Kampfe gegen das Junkertum oder gegen das Zentrum. Ihr Kampfziel ist ein anderes. Die Herren Dr. Barth und Genossen greifen die Männer an, die in selbstlosester Weise für den Liberalismus tätig sind. Sie besuchten unsere Versammlungen, nicht um in sachlicher Weise zu debattieren, sie kamen, um sie zu stören und Unfrieden in unsere Reihen zu tragen. Und nachher erschienen dann, um das Werk zu vollenden, die gefälschten Berichte in der Herrn Dr. Barth gefügigen Presse. Meine einfache Frage, wa ist das Vertrauen Ihrer Wähler, Herr Dr. Barth? enthielt nicht, wie es Herr Dr. Barth und seine Presse darzustellen beliebte, eine Verleumdung, sie war vollauf berechtigt, traf aber bei Herrn Dr. Barth einen sehr wunden Punkt. (Stürmischer Beifall.)

Mit der Person eines Gegners, auch der des Herrn Dr. Barth, beschäftige ich mich nicht, nur mit dem Politiker setze ich mich auseinander. Jemanden, der den Kampf auf das persönliche Gebiet überführt, würdige ich keiner Antwart. (Bravo!) Dem Hochmut und Bildungsdünkel jener Kreise setze ich entgegen den Stolz des einfachen Mannes aus dem Volke. (Starker Beifall!) Es ist ja alles schan dagewesen. Gegen Eugen Richter hat man in ähnlicher Weise die gehässigsten Angriffe gerichtet, der doch wahrhaft sittliche Größe bewiesen hat im politischen Kampfe. An seiner Bahre standen Freund und Feind und bezeugten ihm ihre Hochachtung noch nach dem Tode. Im Sinne Richters wollen wir wirken, in treuer Hingabe an unsere Partei, aber auch im Bewußtsein: Das Vaterland über die Partei! (Lebhafter sich wiederhalender Beifall!)

Als Einigungsapostel

hat Dr. Barth jahrzehntelang von sich reden gemacht. In Wirklichkeit aber hat er wie kein zweiter innerhalb des Liberalismus zersetzend gewirkt. Nach langen Bemühungen ist im Februar 1907 durch die Bildung der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft im Reichstag und im Preußischen Landtag ein einheitliches Vorgehen der linksliberalen Parteien gesichert worden. Als Voraussetzung für den engen Zusammenhang dieses kleinen Blocks hat Abg. Naumann im April 1907 auf dem Parteitag der Feisinnigen Vereinigung in Berlin unter Hervorhebung der Tatsache, daß die drei linksliberalen Parteien mit ihren 50 unter 397 Reichstagsmandaten zusammen 14 Prozent des verfügbaren Reichstagseinflusses darstellen, erklärt:

„Unsere 14 Prozent können nur ausschlaggebend sein in der Voraussetzung, daß diese 14 Prazent unter sich hinreichend diszipliniert sind, um

nicht bei einer ersten schweren Probe wieder in ihre Einzelteile zu zerfallen Die Frage, welche Macht hat der Linksliberalismus, hängt also absolut damit zusammen, ob es uns gelingt, jenen kameradschaftlichen Parteigeist in den vereinigten linksliberalen Parteien zu erzeugen, der es uns erlaubt, diese 14 Prozent als einen fest zusammengehörigen Zug auf dem Rangierbahnhofe des Reichstags zu betrachten."

Dr. Barth, der „Einigungsapostel", trat diesen Ausführungen Naumanns entgegen. Er hatte auch nur Hohn und Spott, als am 10. November 1907 in der großen Einigungsversammlung in Frankfurt a. M. die Abgg. Conrad Haußmann und Naumann namens der Deutschen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung an die Führer der Freisinnigen Volkspartei den Appell zur Einigung der linksliberalen Parteien richteten.

Conrad Haußmann knüpfte an den Wunsch, daß es mit der Einigung der liberalen Parteien noch weiter vorwärts gehen möge, die Mahnung:

„Da wird es Sache der Freisinnigen Volkspartei sein, die Führung zu übernehmen mit dem Ziel, daß sie uns zusammenführt. Sie hat die größte politische Arbeit bisher in Deutschland geleistet, die mächtigsten Organisationen geschaffen, die größten Traditionen, die bedeutendsten Führer und das größte politische Kapital. Das berechtigt und verpflichtet sie, an der Spitze zu bleiben und uns zu führen dahin, wohin wir kommen wollen, zu einem demokratischen Freisinn, der sich seiner Zusammengehörigkeit durch ganz Deutschland bewußt ist."

Ebenso erklärte Abg. **Naumann** namens der Freisinnigen Vereinigung:

„Ich kann nur mit Haußmann wünschen, die Führung der Freisinnigen Volkspartei möge uns alle zur wirklichen Einigung führen. Denen, die da sagen: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen, antworten wir, es sind schon mehr Taten da, als ihr ahnt. Unter stürmischem Beifall schloß Abg. Naumann mit dem Schillerwort: Wir wollin sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr."

Abg. Dr. **Wiemer** erwiderte namens der Freisinnigen Volkspartei:

Gewiß, wir sind stolz auf die Vergangenheit der Partei, auf ihre Organisation und ihre innere Geschlossenheit, und Sie werden uns nicht verdenken, daß wir unsere Selbständigkeit aufrechterhalten wollen, wie die anderen Gruppen auch. Aber wir sind auch freudig bereit, mit diesen Gruppen zusammen zu wirken in gemeinsamer Arbeit zum besten des Vaterlandes. Haußmann und Naumann haben uns aufgefordert, die Führung zu übernehmen. Wir wollen handeln nach bestem Gewissen und bester Kraft im Bewußtsein der großen Verantwortung, die uns obliegt. Vielleicht kommt die Zeit, wo der Zusammenschluß noch enger wird. Aber Früchte wollen reifen, künstliche Gebilde, in Ueberhastung geschaffen, tragen den Todeskeim in sich. Wir sind bereit zum engeren Zusammenschluß, wenn die Sicherheit besteht, daß Einheit der politischen Auffassung in allen Hauptfragen des politischen Lebens uns verbindet".

Digitized by Google

Nicht Schuld der Freisinnigen Volkspartei und ihrer Führer ist es, wenn im letzten Jahr eine weitere Zersplitterung innerhalb der liberalen Parteien erfolgt ist. Die Schuld tragen die „Einigungsapostel" vom Schlage der Barth-Demokraten, die von der Einigung reden, durch ihre Taten aber nur Uneinigkeit herbeiführen.

Von dem Treiben der Barth-Demokraten sticht erfreulich ab die Haltung, die die Freisinnige Vereinigung unter der Führung des Abg. Schrader in Bezug auf die Aufrechterhaltung des „kleinen Blocks" einnimmt. Abg. Schrader, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Freisinnigen Vereinigung, hat auf dem Festmahl des VII. Allgemeinen Parteitags der Freisinnigen Volkspartei am 15. September 1907 mit großem Nachdruck die Notwendigkeit der Einigkeit innerhalb der linksliberalen Parteien betont. Abg. Schrader erklärte:

> Der Parteitag habe von neuem gezeigt, daß die Freisinnige Volkspartei in keinem Augenblick daran denke, irgendwelche freisinnigen Errungenschaften aufzugeben oder nicht mehr mit der alten Kraft zu verfolgen bloß dem Block zu Liebe. Der „große Block" mag eine ganz schöne Sache sein, aber er muß mit Vorsicht gebraucht werden, denn man weiß immer nicht, wie lange und wie gut er halten wird, und wir müssen uns alle davor hüten, daß wir mal von seinen Trümmern getroffen werden. Aber solange er besteht, werden wir versuchen, mit ihm zusammen zu arbeiten. Wir werden uns ja darein finden müssen, daß nicht alle unsere Träume in kurzer Frist reifen und wir nicht alles erreichen, was wir zu erreichen wünschen. Bescheidenheit haben ja leider die Liberalen lernen müssen, aber wir wollen und müssen alles daran setzen, um unsere Ziele mit mehr Kraft zu verfolgen und gern annehmen, was uns an Verbesserungen des Vereins- und Versammlungsrechts und sonst geboten wird. Aber eins wollen und dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Kraft beruht in uns selbst, in dem Zusammenhalten derjenigen Parteien, die jetzt im Reichstag und hoffentlich demnächst im Landtag einen entscheidenderen Einfluß auf die Politik haben als früher. Unsere Hauptsorge muß sein, diese Einheit, die wir jetzt geschaffen haben, zu erhalten und in ihr und durch sie weiter zu arbeiten an der allmählichen Erringung derjenigen Dinge, die wir uns gemeinsam für die Zukunft vorgesetzt haben.

Digitized by Google

Sachregister.

Seite

Die Demokratische Vereinigung 3
Was will die Demokratische Vereinigung? 3
Die Barth-Demokraten und die Freisinnige Vereinigung 4
Naumann über Barth 6
Die Spaltung der Freisinnigen Vereinigung . . . 8
Die Mißerfolge der Barth-Demokraten 11
Das Kokettieren mit der Sozialdemokratie 12
Die Kampfesweise der Barthianer 13
Alles schon dagewesen 16
Die Barth-Demokraten in Berlin 17
Die Versammlung in der Schloßbrauerei zu Schöneberg 23
Dr. Barth und das Vertrauen der Wähler 28
Einmal und nie wieder 33
Dr. Barth als Stadtverordneter 35
Dr. Barths Rechtfertigungsversuch in Schöneberg . 36
Widersprüche über Widersprüche 37
Unberechtigte Vorwürfe 40
Angeblicher Abfall von den fortschrittlichen Grundsätzen 42
Die „Preisgabe grundsätzlicher Forderungen" . . . 42
Gegen die Friedensstörer 43
Als Einigungsapostel 45

Digitized by Google

Die

„Freisinnige Zeitung“

begründet von *Eugen Richter*

ist das inhaltreichste und sachkundigste liberale Parteiorgan für alle Fragen der inneren Politik. Ihre **Leitartikel** gelten mit Recht bei Freund und Feind als richtunggebend für die Tageskämpfe.

Die **„Freisinnige Zeitung“** bietet allen freisinnigen Führern im Lande reiches Material für die Verteidigung freisinniger Prinzipien und für die Zurückweisung gegnerischer Entstellungen.

Die **„Freisinnige Zeitung“** versendet vor andern Berliner Blättern alle Neuigkeiten, die in Berlin bis 7 Uhr abends bekannt werden, zur Parlamentszeit also auch den **Parlamentsbericht**, noch mit den Abendzügen.

Die **„Freisinnige Zeitung“** erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Alle Postanstalten übernehmen Abonnements zu 3 Mark 90 Pfennig pro Quartal. Für Berlin und seinen Vorortverkehr liefern die Spediteure

die **„Freisinnige Zeitung“** frei ins Haus zum Preise von 3 Mk. pro Quartal.

Verlagsanstalt „Deutsche Presse“

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

BERLIN SW., Zimmer-Straße 8

Rüstzeug für den politischen Kampf!

Der **Siebente Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.** Berlin, 13. bis 16. September 1907. Im Auftrage des Geschäftsführenden Ausschusses herausgegeben von Carl Kundel. Preis 2 Mk.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 5 Stück zu 1,50 Mk., von mindestens 10 Stück zu 1,20 Mk., von mindestens 25 Stück zu 1 Mk. das Exemplar.

Die **Freisinnige Volkspartei und die Reichstagswahlen von 1907.** Von Dr. jur. Otto Wiemer, Mitglied des Reichstages und des Preußischen Landtages. Preis 1 Mk.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 5 Stück 75 Pf., von mindestens 10 Stück 50 Pf., von mindestens 25 Stück 40 Pf., von mindestens 100 Stück 30 Pf. das Exemplar.

Die **Freisinnige Volkspartei und die liberalen „Forderungen des Tages".** Eine Kundgebung des freisinnigen Bürgertums im Zirkus Busch in Berlin, 15. September 1907. Preis 20 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 25 Stück 10 Pf. das Exemplar.

Die **Freisinnige Volkspartei und das Vereins- und Versammlungsrecht.** Referat des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Albert Traeger auf dem VII. Parteitag der Freisinnigen Volkspartei Berlin 1907. Preis 35 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 10 Stück 30 Pf., von mindestens 25 Stück 20 Pf. das Exemplar.

Die **Börse — Giftbaum oder nationales Wirtschaftsinstrument.** Eine Erörterung zur Börsenreform von Oscar Meyer, Syndikus der Handelskammer zu Berlin. Preis 30 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 5 Stück 20 Pf. das Exemplar.

Die **Freisinnige Volkspartei im Kampfe für die konfessionelle Gleichberechtigung.** Preis 75 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 5 Stück 50 Pf., von mindestens 10 Stück 40 Pf., von mindestens 25 Stück 30 Pf., von mindestens 100 Stück 20 Pf. das Exemplar.

Die **Freisinnige Volkspartei und die deutsche Flotte.** Preis 50 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 5 Stück 40 Pf., von mindestens 10 Stück 30 Pf., von mindestens 25 Stück 25 Pf., von mindestens 100 Stück 20 Pf. das Exemplar.

Die **Freisinnigen und die Wahlrechtsreform in Preußen.** Herausgegeben vom Ausschuß für Wahlrechtsreform in Preußen. Preis 20 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 25 Stück zu 10 Pf. das Exemplar.

Was lehrt die letzte Landtagswahl in Preußen? Fort mit dem Wahlunrecht in Preußen! Herausgegeben vom Freisinnigen Wahlrechtsausschuß. Preis 15 Pf.; Partien von 25 Stück — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — zu 10 Pf. das Exemplar.

Schriften von Eugen Richter

1. **Jugenderinnerungen.** Preis 1,50 Mk.
2. **Im alten Reichstag.** 1871—1881. 2 Bände. Preis für beide Bände 3 Mk.
3. **Sozialdemokratische Zukunftsbilder.** Frei nach Bebel. Preis 60 Pf.; in Partien — auf Grund derselben Bestellung an dieselbe Adresse — von mindestens 5 Stück 40 Pf., von mindestens 10 Stück 35 Pf., von mindestens 25 Stück 25 Pf., von mindestens 100 Stück 20 Pf. das Exemplar.

Gedenkbuch an Eugen Richter. Preis 50 Pf.

Die Expedition der „Freisinnigen Zeitung", Berlin SW., Zimmerstr. 8, liefert diese Broschüren nach Einsendung des Betrages portofrei zu den angegebenen Preisen.

Druck von Hampel & Co. G. m. b. H., Berlin SW.

PAMPHLET BINDER
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.